

mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 61

SOS
MITMENSCH

KOPFPORTAGE DAVON 1,25 EURO
FÜR
2,50€



GERALD KNAUS
WIR BRAUCHEN EINEN
NEUEN EU-TÜRKEI-DEAL

MELISA ERKURT
WAS KONNTE IHR BUCH
POLITISCH BEWIRKEN?

LAURA WIESBÖCK
TOXISCHE
MÄNNLICHKEIT

Was MO-KolporteurInnen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Foto: Privat

„Wir halten zusammen - Glaube verbindet“, die Pfarre St. Othmar in Wien Landstraße zeigt sich nach dem Terroranschlag solidarisch.

A Liebe Leserin Lieber Leser

Am Tag, an dem diese Ausgabe in Druck geht, ist auf orf.at von einem 44-jährigen Kärntner zu lesen, der zu 7 Jahren Haft für die Vergewaltigung und schwere Nötigung seiner Ehefrau verurteilt wurde. Sowie von einem 28-jährigen Wiener, der seine Ex-Lebensgefährtin in der Brigittenau mit dem Messer bedroht hat. Soviel Bestätigung für die Aktualität unseres Covers würde man sich nicht wünschen. Hinter solchen Taten steht freilich strukturelle männliche Gewalt. Darüber müssen wir weiter reden. Männliche Gewalt, das gilt auch für den Dschihadisten, der wahllos auf Menschen schoss und vier von ihnen tötete. Der „Backlash“ trifft Musliminnen und Muslime in Österreich, der Verein ZARA berichtet von Bespuckungen und Beschimpfungen. Nicht jedes Medium ist sich seiner Verantwortung bewusst, krone.at wusste kurz nach dem Anschlag von einem „Tschetschenen“ und „Kriegsflüchtling“, der „seit mehr als zehn Jahren im Land“ gewesen sei. Eine Falschmeldung. 1.500 Beschwerden liegen beim Presserat vor. Ein schönes Zeichen setzten jene drei jungen Männer, die unter Lebensgefahr am Schwedenplatz einen verletzten Polizisten in Sicherheit brachten. Einer von ihnen, ein junger Palästinenser, war bereits zuvor in den Medien – als die Gemeinde Weikendorf (NÖ) der muslimischen Familie verweigert hatte, ein Haus zu kaufen. Nun wurde dem jungen Mann die Goldene Ehrenmedaille verliehen.

Gunnar Landsgesell, Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Karin Wasner



Foto: Francesco Scarpa



Foto: Karin Wasner

Einstieg

2 CARTOON

MO-KolporteurInnen drehen am Rad.

3 EDITORIAL

6 NACHGEFRAGT

Muhamed Beganovic über Aufstiege im Journalismus.

7 HANDLUNGSBEDARF

Dem Terror keine Chance zur Spaltung geben.

Dossier: Toxische Männlichkeit

9 WIE VON EINEM ANDEREN STERN

Männer, die sich um ihre Kinder kümmern sind eine Minderheit. Woran liegt das?

13 „NIE WIEDER DIESEN SCHMERZ SPÜREN“

Die Soziologin Laura Wiesböck über toxic masculinity und Männlichkeitsentwürfe.

16 ROLLENVERHALTEN

Wie sehen Burschen heute ihre Rolle und die von Frauen?
Ein Mosaik in kurzen Begegnungen an der Salzach.

Welt

19 SOS MITMENSCH: PORTRÄT-REIHE

Meine Zukunft in Österreich.

20 „DANN VERKAUFEN WIR UNSERE SEELE“

Der Migrationsforscher Gerald Knaus über Grenzregime und was sie mit uns selbst machen.

24 NATURSCHUTZ OHNE MENSCHENRECHTE?

Naturschutzgebiete werden in Afrika auch mit EU-Geldern errichtet. Doch was bedeutet das für die lokale Bevölkerung?

28 „ICH MACHE DAS FÜR ÖSTERREICH“

Konnte Melisa Erkurts Buch über Chancengleichheit an Österreichs Schulen etwas bewirken? Die Autorin im Gespräch.

31 PRAXISBEISPIEL FÜR GELEBTE SOLIDARITÄT

Das Integrationshaus Wien feiert seinen 25er. Geschäftsführerin Andrea Ereslan-Weninger über eine bewegte Zeit.

33 IMPRESSUM

34 EINE FEHLERLOSE POLIZEI IST ZUVIEL VERLANGT

Der Anwalt Clemens Lahner sagt, der Videobeweis habe die Rechtssprechung verändert.

Rubriken

37 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Antimuslimischer Rassismus existiert schon lange
Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Die Schönheit der Verfassung
Philipp Sonderegger: Über das Mindset der Polizei
Clara Akinyosoye: Rassismus nach dem Terror

40 MEDIEN

Bücher, Bücher, Bücher: Generation haram / Arbeit und Gerechtigkeit / Einfach weg / Alice Littlebird / Wer schützt die Welt vor den Konzernen? / Arbeitskämpfe in Chinas Autofabriken / Radikalisierungsmaschinen / Die Machtelite

45 SOS MITMENSCH: NEWS

Rekordbeteiligung bei der Pass Egal Wahl.
Gedenken an die Opfer und Kampf gegen Hass.

46 ANDERE ÜBER ...

Black Voices Volksbegehren jetzt!
Ein Kommentar von Noomi Anyanwu, Sprecherin der Initiative.

**#FAIR
#LASSEN**

Für Zusammenhalt.
Gegen Isolation.

HPG 772

Stell dir vor...
das ist dein Hauptwohnsitz.

fairlassen.at

Brillen manufaktur[®]

SCHARENET

1070 Wien, Neubaugasse 18 | Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr | Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.info | #brillenmanufaktur1

INTERNATIONAL
HUMAN RIGHTS FILM FESTIVAL

**this human
world**

outlines

03 - 13 dec 2020

online edition
www.thishumanworld.com

LOCKDOWN?

**GESCHMACKS-
REISE!**

Ihr Gaumen kommt herum:
Speisen ohne Grenzen liefert
Köstliches aus aller Welt.

Jetzt probieren:
speisen-ohne-grenzen.at

**SPEISEN
ohne GRENZEN**

NACHGEFRAGT

HerausgeberInnen, prove me wrong!

Muhamed Beganovic schreibt auf Facebook, er sei mutmaßlich der erste „Muhamed“, der in Österreich Chefredakteur wurde. Wir haben nachgefragt.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL



Muhamed Beganovic: „Wir haben in Österreich Redaktionen, die kaum die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln.“

Du schreibst auf Facebook, dass du der erste „Mohamed“ bist, der in einem nicht von MuslimInnen gegründeten Printmedium in Österreich Chefredakteur wurde. Wie das?

Ein ehemaliger Chefredakteur einer Qualitätszeitung hat mir einmal gesagt, dass er zu wenig Bildungs- und Integrationspotenzial bei den MuslimInnen ortet. Er ist sicher nicht der Einzige, der so denkt. MuslimInnen wird oft Kompetenz abgesprochen – im Journalismus wird mit fehlender Objektivität argumentiert – deshalb findet man so wenige in Führungspositionen.

Bist du ein „Systemfehler“?

Ich will nicht den Eindruck erwecken, dass die Branche als Ganzes rassistisch ist – auch mir haben ganz viele Menschen eine Chance gegeben. Ich bemerke auch, dass immer mehr JournalistInnen mit muslimischem Hintergrund die Chance bekommen, für gängige Medien in Österreich zu schreiben. Das stimmt mich freudig. Es gibt auch ein paar MuslimInnen in Führungspositionen, man denke an Amar Rajković, Vize-Chefredakteur des Biber Magazins. Aber als Branche

sind wir noch nicht so weit, um einem/einer MuslimIn die Chefredaktion einer Tageszeitung zu überlassen. HerausgeberInnen, prove me wrong!

Wie bist du zum Journalismus gekommen? War das ein Berufsziel?

Ich habe Theater-, Film- und Medienwissenschaften studiert. Journalismus war überhaupt nicht auf meinem Radar. Meine Schwester hat mich 2010 überredet, mich für Praktika bei Presse, Standard und Biber zu bewerben. Bei Presse und Biber habe ich die Basics gelernt, und auch, dass ich den Journalismus mag. Danach habe ich jedes Medium, das ich gut fand, angeschrieben, und für die Mehrzahl davon durfte ich auch schreiben.

Woran liegt die mangelnde Durchlässigkeit? Fehlen die Vorbilder?

Es wird an Schulen generell zu wenig Medienkompetenz gelehrt, dabei ist Journalismus bekanntlich die vierte Gewalt. Bei jungen Leuten ist das Interesse an Medien dadurch nur mäßig vorhanden. Zudem haben wir in Österreich Redaktionen, die kaum die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln,

weswegen es auch an Vorbildern mangelt.

Nun hast du eine eigene Zeitschrift gegründet. Warum?

Qamar ist ein muslimisches Magazin für Gesellschaft und Kultur. Ich glaube, dass es eine solche Zeitschrift braucht, da die Berichterstattung über MuslimInnen nach wie vor einseitig und oft nur reaktiv ist. Ich möchte mit MuslimInnen über Ängste, Probleme, Erfolge, Kunst, Familie, Vorbilder, Sport und sonst alles, was sie beschäftigt, reden.

Ich glaube, dass es auch bei NichtmuslimInnen ein Interesse für solche Geschichten gibt. Qamar ist keine religiöse Zeitschrift, weswegen sie gut bei uns aufgehoben wären. Ich sehe Qamar aber auch als Plattform für junge AutorInnen, FotografInnen und IllustratortInnen. Ich will also Chancen bieten.

Muhamed Beganović arbeitet seit 2017 für das Logistik-Fachmagazin Verkehr, wo er als Chef vom Dienst begann. Er wurde in Nordmazedonien geboren und lebt seit 2004 mit seinen Eltern in Österreich. Er schreibt u.a. für MO – Magazin für Menschenrechte.

HANDLUNGSBEDARF

Terror ohne Chance

Der islamistisch-fundamentalistische Terror verursacht unfassbares Leid. Aber er hat keine Chance auf Erfolg, wenn wir uns an einige Grundregeln halten.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Der fundamentalistische Terror hat Österreich mit voller Wucht getroffen. Ein in Wien aufgewachsener IS-Anhänger zog mordend durch die Wiener Innenstadt. Vier Menschen starben, mehr als zwanzig wurden zum Teil schwer verletzt. Dieser Terrorangriff folgte einem bekannten Muster: möglichst viele Menschenleben auslösen, Angst und Schrecken verbreiten, Angehörige in Trauer stürzen und Politik und Medien zu einer überschießenden Reaktion verleiten, die einen tiefen Keil in unsere Gesellschaft treibt.

Doch im Grunde haben die Terroristen keine Chance. Ihre Attacken, so mörderisch sie auch sind, haben für sich nicht die Macht, ihre gesellschaftszerstörenden Ziele zu erreichen. Die Terroristen sind zum Scheitern verurteilt, solange wir uns an einige entscheidende Grundregeln halten.

Die wichtigste ist: Hassverbrechen dürfen uns nicht zu kollektivem Hass verleiten. So berechtigt die Wut über das Attentat und den Attentäter ist, so falsch und gefährlich ist es, diese Wut in Hass auf Unbeteiligte münden

zu lassen, nur weil diese eine ähnliche Herkunft oder das gleiche Religionsbekenntnis haben. Sowohl Bundespräsident Alexander van der Bellen als auch Bundeskanzler Sebastian Kurz fanden unmittelbar nach dem Anschlag noch die richtigen Worte. „Wir werden Hass keinen Raum geben“, betonte Kurz. Und er fügte hinzu: „Denn unser Feind, das sind niemals alle Angehörigen einer Religionsgemeinschaft, unser Feind, das sind niemals alle Menschen, die aus einem bestimmten Land kommen, nein unser Feind, das sind die Extremisten und Terroristen.“

Keine überschießenden Maßnahmen

Doch die richtigen Worte genügen nicht. Es sollten auch keine überschießenden Maßnahmen gesetzt werden. Wenn nun als Reaktion auf den Anschlag „Haft auf Verdacht“, „Staatenlosigkeit produzierende Staatsbürgerschaftsaberkennungen“ und ein „Straftatbestand ‚Politischer Islam‘“, für den es laut Islamwissenschaftler Rüdiger Lohlker „keine taugliche Definition gibt“ und der sich ausschließlich gegen eine einzelne (Minderheiten-)Religion richtet, ins Spiel gebracht



Illustration: Petja Dimitrova

werden, dann sendet das ein gefährliches Signal an potenzielle Terroristen aus: Die Politik ist zu Fehl- und Überreaktionen bereit.

Behörden haben versagt

Entscheidend ist auch unser Vertrauen in die Vorbeugung und Gefahrenabwehr des Staates. Dieses Vertrauen wurde massiv erschüttert. Bei der Abwehr der offenkundigen Gefahr durch den Wiener Attentäter versagten Behörden kläglich. Wenn die Regierung jetzt eine zielgerichtete Reaktion auf den Anschlag zeigen will, dann muss sie hier ansetzen. Sie muss die katastrophalen Fehler des Verfassungsschutzes ebenso wie die fehlende Kommunikation des Innenministeriums an die Justiz schonungslos aufarbeiten.

Darüber hinaus gilt es vorbeugende Jugend- und Sozialarbeit sowie Resozialisierungs- und Deradikalisierungsmaßnahmen zu verstärken und nicht als sinnlos abzutun. Klar ist: Diese Maßnahmen funktionieren nicht immer, wie das Attentat auf abscheuliche Weise gezeigt hat, aber das ist kein Grund daran zu arbeiten, dass sie nie funktionieren sollen.



Philipp Leeb, Verein poika: „Es gibt einen furchtbaren Maskulismus.“

WIE VON EINEM ANDEREN STERN

Männer sind öfter bereit, sich mehr um die Kinder zu kümmern, Alte zu versorgen und die Hausarbeit zu teilen. Doch das ist nach wie vor eine Minderheit. Woran liegt das?

Text: Eva Bachinger, Fotos: Karin Wasner

Beim AMS gab es offiziell für mich keinen Berater für Wiedereinsteiger, das ist für einen Mann nicht vorgesehen. Mir wurde deshalb eine Beraterin für Gleichbehandlungsfragen zugewiesen. Und bei der Geburt unseres ersten Kindes durfte ich beim erstmaligen Wickeln und Baden der Neugeborenen durch die Hebamme nicht dabei sein. Das sei nur Müttern vorbehalten, hieß es.“ Manuel Juan Ibanez erzählt von seinen Erfahrungen: Er ist Vater von drei Kindern – bald vier – und war bei allen Kindern in Karenz. Ein rares Exemplar, denn in Österreich macht das nur jeder fünfte Vater, die meisten nehmen nur zwei Monate.

Mediale Bilder scheinen trotzdem zu vermitteln, dass sich etwas ändert: Männer, die in Interviews von Schwächen erzählen, prominente Schauspieler, die sich als fürsorgliche Väter präsentieren. Die Kampagne „Echte Männer gehen in Karenz“, initiiert von der ehemaligen Frauenministerin Gabriela Heinisch-Hosek, zeigte harte Jungs mit einem Baby am Schoß. Die Partner von Landwirtschaftsminis-

terin Elisabeth Köstinger und Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger gingen in Karenz, auch der Partner von Justizministerin Alma Zadic hat das vor. Finanzminister Gernot Blümel meinte während des Wiener Wahlkampfes, dass er ein schlechtes Gewissen habe, weil er seine kleine Tochter so wenig sehe. Der ehemalige Verteidigungsminister Gerald Klug nahm sich nach der

**„VON GLEICHBERECHTIGUNG
SIND WIR WEIT ENTFERNT.“**

**ERICH LEHNER,
MÄNNERFORSCHER**

Geburt seines Kindes ein Monat Zeit. Gibt es also neue Väter, vielleicht sogar eine „neue Männlichkeit“? Sind Geschlechterrollen im Wandel? Fragt man ExpertInnen, ergibt sich ein differenziertes Bild: Für Männerforscher Erich Lehner ist das alte Männerbild noch sehr verwurzelt und präsent. Denn der entscheidende Parameter für eine grundlegende Veränderung sei das Verhalten von Männern bei familiären Verpflichtungen. „Ein Papa am Wochenende, der den Kinderwa-

gen schiebt und am Abend der Spiel-papa ist, ist ein erster Schritt, entscheidend ist, wie die Aufteilung unter der Woche ist. Von Gleichberechtigung sind wir hier nach wie vor weit entfernt. Man muss natürlich anerkennen, dass es Bewegung gibt, aber nur in einzelnen Gruppen. Wenn man weiß, wie viele Männer Teilzeit arbeiten, ihre pflegebedürftigen Angehörigen betreuen oder Hausarbeit übernehmen, dann sprechen diese Zahlen nicht sehr von Veränderung.“

Männer, die übers Feuer hüpfen

Philipp Leeb, Gründer und Obmann von poika, ein Verein zur Förderung gendersensibler Bubenarbeit, stellt auch einen Backlash fest: „Es gibt einen furchtbaren Maskulismus, Männer, die in den Wald gehen und übers Feuer hüpfen, sie sollen wieder richtige Männer werden.“ Andererseits gibt es in den Medien verschiedene Bilder vom Mannsein, die vorbildhaft wirken können. „Heute ist ein Mann mit Kinderwagen sicher kein Thema mehr, vor 50 Jahren war das noch anders. Man sieht Männer zusammensitzen und

die Kinder trudeln um sie herum. Es kommt durchaus vor, dass 20 Männer am Spielplatz sind und nur zwei Frauen. Doch solche Bilder gab es in Wien auch schon am Karl-Marx-Hof um die Jahrhundertwende. Da standen Männer im Hof, wo die Kinder spielten und politisierten.“ Aus seiner Sicht sei Männlichkeit – abgesehen vom existierenden biologischen Fakt – eine Konstruktion, die hergestellt werde; ein Bild, das vorgibt, wie ein Mann zu sein hat. „Eigentlich gibt es auf die Frage, was ist männlich, keine Antwort. Da ist bereits die Frage zu hinterfragen.“ Davon, dass „alte Männerbilder“ von einzelnen politischen Parteien gerne vor allem bei Migranten festgemacht werden, hält Männerforscher Lehner wenig: „Natürlich bringen sie Lebensgewohnheiten aus ihren Herkunftsländern mit, aber es gibt hier Lernpotenzial. Es spricht nichts dagegen, dass sich Einstellungen ändern, wenn die Bedingungen anders sind.“

Angst, das Gesicht zu verlieren

Die Zahl der Männer, die in Österreich in Karenz gehen, sei „extrem niedrig“, kritisiert Leeb, vor allem im Vergleich zu nordischen Staaten. Dennoch, merkt er an, sollte man die offiziellen Zahlen mit Vorsicht genießen. Schließlich können sich Männer, wenn sie selbstständig arbeiten oder arbeitslos sind um das Kind kümmern, ohne dass sie in Karenz sind.

Die Entscheidung hängt laut ExpertInnen grundsätzlich nicht so sehr mit Bildung oder Herkunft zusammen, sondern, ob es ein Bewusstsein dafür gibt, wie wichtig das für Männer, Frauen und Kinder sein kann. Generell würden nach wie vor die Frauen in den Vordergrund gerückt. Sie bekommen die Kinder, sie stillen sie, sie kümmern sich um sie. Auch Frauen selbst wollten das oft so. Dass das ein Mann macht, sei immer noch wie eine Art Privileg, ein Bonus. „Väter werden argwöhnisch beäugt. Man ist sich nicht

sicher, ob sie es auch können, und bedenkt nicht, dass auch Frauen den Umgang mit Kindern erst lernen müssen. Es gibt nach wie vor nicht die Selbstverständlichkeit, ich bin Vater, ich geh in Karenz. Es ist Thema, aber nicht wirklich ansprechend und sexy. Viele Männer haben nach wie vor Angst das Gesicht zu verlieren.“

Das Bewusstsein ist das eine, doch entscheidend sind die Rahmenbedingungen: Finanzielle Sorgenfreiheit erleichtert die Entscheidung beim Kind zu bleiben. Zudem: Für Beamte wie die Partner von Köstinger und Meinl-Reisinger ist es erheblich leichter in Karenz zu gehen, als für Männer in der Privatwirtschaft. Dass Frauen Karriere machen und ihre Männer „zurückstecken“ ist jedenfalls nach wie vor nicht selbstverständlich. Ökonomische Zwänge entscheiden: Wer we-

„BIS ALLE KINDER IM KINDERGARTEN SIND, BLEIBE ICH ZUHAUSE.“ MANUEL IBANEZ, DOLMETSCHER

niger verdient, geht in Karenz, und das ist in den allermeisten Fällen die Frau. Doch es gibt nun auch Ausnahmen. Wenn Manuel Ibanez seinen Alltag schildert, erinnert das an eine klassische Aufteilung, nur eben umgekehrt: „Kochen mag meine Lebensgefährtin nicht so sehr, das übernehme ich. Sie versucht untertags zwei Stunden freizuschaukeln, damit ich mich mal hinlegen kann. Denn die Nächte sind natürlich auch anstrengend, vor allem der mittlere Sohn ist ein Nachtvogel. Sie hilft mir, wo sie kann. Bis alle Kinder im Kindergarten sind, bleibe ich jedenfalls zuhause. Ich bin eher der häusliche Typ, beruflich nicht so ambitioniert.“ Ibanez ist Dolmetscher für Italienisch und Spanisch, seine Lebensgefährtin Lehrerin. Sie arbeitet Vollzeit und hat auch besser verdient als er. Nach dem Mutteschutz kehrte sie in den Job zurück, Manuel blieb

bei den Kindern. Der 36-Jährige macht die Erfahrung, dass sein Lebensmodell „überhaupt noch nicht normal“ sei. „Ich erlebe nach wie vor festgefahrene, alte Strukturen. Ich kenne keinen anderen Mann, der so wie ich über längere Zeit in Karenz war.“ Er will die Zeit mit den Kindern nicht missen und würde sich wieder so entscheiden: „Entwicklungsschritte kann ich miterleben, den ersten Zahn, das erste Wort, den ersten Schritt. Ich habe eine enge Beziehung zu ihnen. Das versäumen leider viele Männer.“

„Wie von einem anderen Stern“

Florian Lems, Kommunikationschef bei „Ärzte ohne Grenzen“ war ebenfalls in Karenz, und zwar mit seinen Zwillingssöhnen vier Monate lang. Danach konnte er noch ein sechsmonatiges Sabbatical anhängen. Seine Familie hat positiv reagiert, grundsätzlich auch Freunde und Bekannte. Doch manchmal hat er das Gefühl, dass Meinungen nicht offen ausgesprochen werden: „Wenn man über die Aufteilung zwischen Partnern redet, merkt man, dass es nicht selbstverständlich ist, wenn sich der Mann gleichwertig einbringt. Es hat immer damit zu tun, ob man es wirklich will. Ich kenne Männer, die das einfach nicht möchten. Für mich ist es selbstverständlich und auch kein Widerspruch, Mann und Vater zu sein, der sich um die Kinder kümmert. Ich hoffe, dass es selbstverständlicher wird, denn es ist besser für alle, Frauen, Männer und Kinder. Es ist wesentlich für Kinder, dass auch der Vater präsent ist.“

Um gute Bedingungen zu schaffen, sind auch Arbeitgeber gefragt. Eine NGO wie „Ärzte ohne Grenzen“ scheint dafür ein Beispiel zu sein, wie Lems meint: „Mein Arbeitgeber steht dem Thema sehr aufgeschlossen gegenüber. Wir haben flexible Arbeitszeiten, was auch hilfreich ist.“ In einem Wirtschaftsunternehmen schaut die Sache anders aus: „Wir sind ein Saisonbetrieb,



Florian Lems, Ärzte ohne Grenzen: „Für mich ist es kein Widerspruch, Mann und Vater zu sein, der sich um die Kinder kümmert.“

im Winter können wir nicht arbeiten und ich muss auch viele Regentage unter dem Jahr einplanen. Wenn dann in der Hauptsaison ein Mitarbeiter meint, er will nun in Karenz gehen, dann geht das einfach nicht. Dann kann er gleich zuhause bleiben“, schildert ein Salzburger Bauunternehmer. Dass ein Mitarbeiter, der gerade Vater geworden ist, zwei Wochen frei hat, sei schon ungewöhnlich und viel Zeit, meint er. Auf die Nachfrage, ob er nicht wie Betriebe, wo viele Frauen beschäftigt sind, Personalreserven für die Karenzvertretung bilden könne, kann er nur müde lächeln: „Wir suchen händeringend Fachpersonal, ich kann schlichtweg keine Reserve aufbauen“. In der derzeit ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Situation sind solche Überlegungen „wie von einem anderen Stern“. Philipp Leeb versteht diese Sichtweise, wenngleich er meint, dass ein Chef hier auch kapitalistisch denken könnte: Ein zufriedener Mitarbeiter ist ein guter Mitarbeiter. Trotzdem sei hier vor allem die Politik gefragt, Schwierigkeiten ab-

zufedern. „Doch ich habe das Gefühl, es ist politisch nicht erwünscht. Man macht es Männern nicht einfach, während gleichzeitig der Vorwurf gegen sie im Raum steht. Bei Frauen ist es klar, dass sie in Karenz gehen oder Teilzeit arbeiten, aber sie erfahren dadurch ja auch Nachteile wie Kündigungen, einen Karriereknick oder Einkommens-

**„VIELE MÄNNER SCHEITERN
AN DEN STRUKTUREN.“
ERICH LEHNER,
MÄNNERFORSCHER**

verluste.“ Auch Männerforscher Lehner betont, dass es nicht nur um persönliche Haltungen gehe: „Es ist klar, dass die Wirtschaft, die nach wie vor männerdominiert ist, bei diesem Thema mauert. Viele Männer scheitern an den Strukturen und an einem fehlenden positiven Klima in der Firma.“ Würden Strukturen durch politische Impulse verändert, folge die Anpassung. Das habe man in nordischen Ländern beobachten können, erklärt Lehner.

Kinderbetreuung und Hausarbeit gelten seit Jahrhunderten als Frauensache. Für Männer war Familie dennoch immer schon wichtig, als Statussymbol, als ein Zeichen von privatem Erfolg, aber emotional waren sie aufgrund der beruflichen Abwesenheiten oft nicht so mit den Kindern verbunden. Bei der jüngeren Generation scheint die Einstellung, dass der Job nicht mehr alles ist, ein wichtiger Faktor für eine andere Gestaltung zu sein. Darauf weist Lems hin, wenn er meint: „Die Frage ist auch, welchen Stellenwert hat Arbeit im Leben? Ist es das Wichtigste oder ein Teil des Lebens? Ich arbeite viel und gerne, aber es gibt noch andere Prioritäten.“ Leeb findet einen offenen Diskurs über Zuschreibungen von Männern und Vätern nötig sowie Angebote und positive Verstärker im Sinne von „wir unterstützen euch, kümmert euch um die Kinder.“ Er nimmt aber auch die Männer selbst in die Pflicht: „Stellt euch auf die Hinterbeine. Nicht das Kind gehört euch, aber ihr habt das Recht, Teil der Familie zu sein.“



„NIE WIEDER DIESEN SCHMERZ SPÜREN“

Stärke demonstrieren, aber niemals Gefühle zeigen:
Noch immer prägt diese Formel unsere Vorstellung von
Männlichkeit. Ein Gespräch mit der Soziologin Laura Wiesböck
über toxische Männlichkeit, Frauenhass und
fragile Emanzipationszugewinne.

Interview: Brigitte Theißl, Fotos: Karin Wasner

Über „toxische Männlichkeit“ wurde zuletzt im Zuge der MeToo-Bewegung heftig debattiert. Was zeichnet denn eine „giftige“ Männlichkeit aus?

Innerhalb dieses Männlichkeitsbilds gibt es keinen Raum und keine Sprache für Verletzlichkeit. Schmerz, Leid und Angst werden im Inneren verdrängt und im Außen bekämpft. Anstatt sich selbst verletzlich zu zeigen, verletzt man andere. Kontrolle ist ein zentrales Element der toxischen Männlichkeit. Es gibt Studien zu Pick-up-Artists, die mithilfe von manipulativen Strategien sexuelle Erfahrungen sammeln wollen. Viele geben an, Ablehnungen oder Trennungen erlebt zu haben, die für sie sehr schmerzhaft waren. Und diesen Schmerz wollen sie nie wieder spüren, da er einen Verlust von Kontrolle darstellt – und damit auch einen gefühlten Verlust von Männlich-

keit. Das ist ein Kern des Frauenhasses in diesem Männlichkeitsbild: Frauen können verletzlich machen und einem die emotionale Souveränität nehmen. Auch deshalb sind Trennungen eine der gefährlichsten Zeiten für Frauen. Diese toxischen Männlichkeitsbilder

**„FRAUEN KÖNNEN VERLETZ-
LICH MACHEN UND EINEM
DIE EMOTIONALE
SOVERÄNITÄT NEHMEN.“**

sind für Frauen sehr beschädigend, aber auch für Männer selbst. Denn sie gehen mit einer starken emotionalen Einsamkeit einher.

Der Begriff der toxischen Männlichkeit polarisiert. KritikerInnen monieren, er würde Männer pauschal verunglimpfen.

Erst einmal muss betont werden, dass dieses Männlichkeitsprinzip nicht mit Männern gleichzusetzen ist. Das ist ein häufiges Missverständnis. Der Kritik an diesem Prinzip liegt ja eben genau kein „schlechtes“ Männerbild zugrunde, etwa dass Männer hormonell und biologisch bedingt aggressiver seien und man nichts dagegen machen kann. Kritisiert wird, dass das Männlichkeitsprinzip auf Übertreibung und Machtausübung basiert. Dieses aufzubrechen würde einem emotional erfüllenden Leben zuträglich sein. Auf gefühlte Kränkungen mit Hass und Aggression zu reagieren, verunmöglicht ein würdevolles Leben. Es ist allerdings ein zäher Prozess, denn Menschen, die ohne eigenes Zutun in Machtstrukturen privilegiert sind, haben meist wenig Interesse daran, das zu ändern.



„Je höher die Emanzipationsgewinne von Frauen, desto plakativer die Männlichkeitsbilder.“
Laura Wiesböck

Die Männlichkeitsforschung widmet sich seit Jahrzehnten dem „neuen Mann“. Mit Blick auf die sozialwissenschaftliche Forschung: Wie haben sich die Einstellungen von Männern verändert, aber auch die Erwartungen, die an sie herangetragen werden? Grob heruntergebrochen kann man sagen: Je höher die Emanzipationsgewinne von Frauen, desto plakativer die Männlichkeitsbilder. Das sieht man zum Beispiel an der Darstellung von Waffen und Männerkörpern in Mainstream-Filmen, wie es Jackson Katz beschreibt. In Gangsterfilmen der 1960er-Jahre waren es noch handliche Pistolen, in den 1990ern sieht man einen überdimensional muskulösen Terminator mit einer 40 Kilo schweren vollautomatischen Schusswaffe. Das männliche Prinzip der Übertreibung wird heute stärker über den Körper repräsentiert, mitunter da es weniger über andere Bereiche ausgelebt werden kann, wie in der Rolle des alleinverdienenden Versorgers. Hinter der Ausdifferenzierung von Geschlechterrollenbildern im Mainstream stehen auch konsumkapitalistische Interes-

sen. Als ich ein Kind war, gab es für Babys in großen Kleidungsgeschäften Strampler in bunten Farben. Heute finden sich für Buben Military- und Totenkopf-Motive, für Mädchen pinke Prinzessinnenkleider. Man kann also auf verschiedenen Ebenen eine Zuspitzung dieser Geschlechterrollenbilder erkennen.

PRINZIP DER ÜBERTREIBUNG: FÜR MÄNNER MIT FRAGILEM MÄNNLICHKEITS- GEFÜHL ESSENTIELL.

Vor einigen Jahren beklagte die deutsche Journalistin Nina Pauer in der „Zeit“ sogenannte Schmerzensmänner, die sehr emotional und Frauen gegenüber zu zögerlich und unsicher wären. Stehen dem Aufbrechen patriarchaler Männlichkeitsbilder auch Frauen im Weg?

Auch, ja. Patriarchat wird oft gleichgesetzt mit „Männer“, aber das ist nicht zutreffend. Im Patriarchat sind jene erfolgreicher, die die ungleiche Verteilung von Macht und Privilegien zwischen Männern und Frauen nicht

angreifen. Wenn wir uns Verpartne- rungen anschauen, streben Frauen in heterosexuellen Paarbeziehungen weiterhin häufig nach dem Prinzip der männlichen Übertreibung. Das betrifft die Körpergröße, aber auch Status, Einkommen, den beruflichen Erfolg. Das Prinzip der Übertreibung ist für Männer essentiell, die ein fragiles Männlichkeitsgefühl in Sicherheit halten müssen. Eine Partnerin auf Augenhöhe oder eine, die vielleicht erfolgreicher ist oder mehr Lebenserfahrung hat, wird als Bedrohung wahrgenommen, als Verlust einer Machtposition.

Nicht nur Pick-up Artists, auch andere frauenfeindliche Gruppen haben in den vergangenen Jahren im Netz für Aufsehen gesorgt: etwa „Incels“, die „unfreiwillig zölibatär“ leben und darauf mit Frauenhass reagieren. Es fällt auf, dass dies meist weiße Mittelschichtsmänner sind. Welche Rolle spielen Klasse und Race bei der toxischen Männlichkeit?

Ein Erklärungsansatz ist, dass es jene Mitglieder der Gesellschaft sind, die eine privilegierte Vormachtstellung haben, die leicht zu bröckeln beginnt. Und die eine starke Anspruchshaltung haben auf Flirten, Sexualität, Beziehung. Daraus wird das Recht abgeleitet, diesen Anspruch auch mit Gewalt herzustellen. Oft wird davon gesprochen, dass „der Feminismus“ Beziehungen zerstören würde. Beziehungen waren aber immer schon häufig dysfunktional, nur werden sie heute eher getrennt oder erst gar nicht eingegangen. Das basiert auf den Emanzipationsgewinnen von Frauen. Es werden also weniger Beziehungen zerstört, als zerstörte Beziehungen beendet.

Es gibt aber auch positive Entwicklungen. Vor 30 Jahren wurde ein Vater mit Baby auf dem Arm noch schief angesehen, heute fällt das im Stadtbild nicht mehr auf.

Definitiv gibt es auch zuträgliche Entwicklungen wie diese. Man muss aber

dazusagen, dass das auf bestimmte Milieus zutrifft. Auch am Arbeitsmarkt und in anderen Lebensbereichen gibt es emanzipatorische Zugewinne für Frauen, gleichzeitig sind diese sehr fragil. In europäischen Demokratien, die rechtspopulistische Mehrheiten haben, wird versucht, hart erkämpfte Frauenrechte wieder zu beschneiden. Polen hat erst kürzlich die Gebärpflicht für Schwangere eingeführt. Und positive Entwicklungen muss man auch genauer betrachten. Frauen partizipieren zum Beispiel stärker am Arbeitsmarkt, aber nicht, weil die unbezahlte Arbeit unter den Geschlechtern gleichmäßiger verteilt wird. Diese wird weiterhin und zusätzlich von Frauen ausgeführt oder auf weniger privilegierte Frauen ausgelagert.

Politische Kampagnen werben seit Jahren für die Väterkarenz. Dennoch sind nur rund vier Prozent der Kindergeld-BezieherInnen Männer, der Wert ist zuletzt sogar gesunken.

Väterkarenz ist ein wichtiges Thema und auch relativ komplex, denn da spielen viele Faktoren eine Rolle. In Österreich haben wir ein wohlfahrtsstaatliches Modell, das sich am männlichen Ernährer-Modell orientiert. De facto verdienen Männer weiterhin mehr als Frauen, auf der Haushaltsebene ist es für viele - rein ökonomisch betrachtet - sinnvoll, das höchstmögliche Einkommen zu erzielen. Zusätzlich sind traditionelle Geschlechterrollenbilder hierzulande sehr stark verankert. Das äußert sich in der geringen Verantwortungshaltung von Vätern, der Betreuung ihrer Kinder nachzukommen. Aber das zeigt sich auch am Arbeitsplatz. Mir selbst sind Fälle bekannt, wo junge Männer ihre Chefs nach Karenz gefragt haben und diese sie als unmännlich abgewertet haben. Da fallen Sätze wie „Haben Sie leicht eine Karrierefrau zuhause?“ Insgesamt wird die Väterkarenz in Österreich politisch auch nicht forciert.



„Machokulturen“, die importiert wurden (Sebastian Kurz). Laut Laura Wiesböck eine Rhetorik, mit der gesellschaftliche Probleme ausgelagert werden sollen.

Die österreichische Regierung verortet patriarchale Männlichkeitsbilder gerne bei zugewanderten Menschen. Kanzler Kurz sprach im Jänner von „Machokulturen“, die teilweise importiert worden seien.

Eine Rhetorik, die wirksam ist, um gesellschaftliche Probleme auszulagern und sich nicht mehr damit auseinan-

„HINTER EINER IDENTITÄT, DIE SICH AN MACHT ORIENTIERT, LIEGT OFT EIN GEFÜHL DER MINDERWERTIGKEIT.“

dersetzen zu müssen. Frauenrechte werden von rechtskonservativen Parteien nahezu ausschließlich im Kontext von rassistischer Instrumentalisierung thematisiert. Da geht es um das Hochhalten von rechten Werten und patriarchalen Besitzverhältnissen, „bei uns gibt es sowas nicht“ oder lässt „unsere Frauen“ in Ruhe. Femizide sind politisch meist nur dann ein Thema, wenn der Täter Migrationshintergrund hatte. Für die Mobilisierung mancher Wählerstimmen mag das wirksam sein, von Gewalt betroffenen Frauen bringt das nichts.

Rechte Parteien feiern vielerorts Wahlsiege. Der Wunsch nach „starken Männern“ und Führern ist auch in Österreich erschreckend stark ausgeprägt, wie eine Umfrage zeigte.

Wir haben auch bei den vergangenen Wahlen gesehen, dass Männer zu einem höheren Anteil Parteien wählen, die patriarchale Männlichkeitsbilder, autoritäre Neigungen und die Abwertung von benachteiligten Gruppen verkörpern. Hinter einer Identität, die sich an Macht und Autorität orientiert, liegt oft ein Gefühl der Minderwertigkeit, das durch das Geben von männlicher Stärke versucht wird zu kompensieren. Frauen haben dieses Bedürfnis weniger, unter anderem, weil sie ihre Verletzlichkeit eher ausleben und weniger in Form von Hass kanalisieren. Insgesamt haben autoritäre Tendenzen jedoch vielschichtige Hintergründe und sind ein brennendes Problem für westliche Demokratien. Das würde ich sehr ernst nehmen.

Laura Wiesböck ist Soziologin mit Forschungsschwerpunkt auf sozialer Ungleichheit mit besonderem Fokus auf Arbeit, Armut und Geschlecht.

MÄNNLICHKEIT IM ENTGIFTUNGS- PROZESS

Wie sehen Burschen heute ihre eigene Rolle und was denken sie über die von Frauen? Lockere Gespräche an der Salzach.

Text: Andrea Woyke

Männer dürfen nicht weinen. Sie dürfen nicht über Gefühle reden. Keinen Wert auf ihr Äußeres legen. Müssen die Brötchen verdienen, während ihre Frauen sich um Kinder und Küche kümmern. Klischees über toxische Männlichkeit, die dringend nach Ak-

**PHILIP GLAUBT NICHT,
DASS ES ETWAS
TYPISCH MÄNNLICHES
GIBT.**

tualisierung verlangen, wie ein Gesprächspartner nach dem anderen klar macht. Neun junge Burschen, interviewt an einem sonnig warmen Oktobernachmittag an der Salzachpromenade in Salzburg.

„Was ist überhaupt toxisch? Keine Gefühle zeigen und so“, überlegt Tom Noah, der für sein Alter überraschend selbst-reflektiert wirkt. Der 19-Jährige kann nicht nachvollziehen, dass ein Freund von ihm nie über Gefühle re-



Tom Noah und Dani. Tom sieht Körperbilder im Wandel. Männer würden heute mehr auf ihre äußere Erscheinung achten.

den will. Während er auf die nächste Schulstunde über Politische Bildung wartet, erzählt Bernhard (18) „Wenn’s mir mal schlecht geht, sag ich es meinen Freunden. Oder sie merken das sogar eh. Und dann red ma drüber.“ Den Gesichtern von Dani (20) und Christoph (28) wiederum sieht man an, dass sie glücklich sind, so gute Freunde zu haben, mit denen es gar kein Problem

ist, über Gefühle zu reden. Für Jochen (31) und Philip (33) ist es sowieso nie ein Problem.

Sind zumindest diese befragten Männer nicht toxisch? Toxische Männlichkeit ist ein Begriff, der erstmals in den 1980er Jahren in den USA auftaucht. Kann ein Mensch jedoch überhaupt toxisch, giftig sein? Oder ist es eher das



Über Gefühle reden? Für Philip kein Problem.

Verhalten, das sich nach gesellschaftlich konstruierten Stereotypen, wie Mann zu sein hat, ausrichtet?

„Ich glaub nicht, dass es was gibt, was typisch männlich ist“, sagt Christoph (33) und auch Jochen (31) behauptet mit einer überzeugenden Selbstverständlichkeit, dass man Eigenschaften gar nicht auf Männer und Frauen

aufteilen kann, jeder und jede kann alles sein. Wie ein Mann typischerweise zu sein hat, nämlich „beschützend“, „kraftvoll“, „Gentleman“, „stark“, „zielstrebig“, „hart arbeitend“, „ehrlich“ und „konfrontativ“, lassen auch alle anderen nicht unreflektiert stehen. „Das ist heutzutage nicht mehr der Fall, dass man Frauen beschützen muss. Das war vielleicht früher

mal so, glaub ich“, überlegt Tom (18) etwas unsicher. Auch Dani (20) gibt zu bedenken, dass zielstrebig, ehrlich und geradlinig, wie er seinen Vater als männliches Vorbild beschreiben würde, natürlich auch Frauen sein können: „Eine Frau kann sozusagen auch ihren Mann stehen.“

„Es fängt ja schon beim Optischen an, wie groß man sein muss, wie stark, oder ob man durchtrainiert sein muss“, überlegt Philip (33). „Das ist auch nicht schwer“, lacht Tom (18) auf seinen eher dünnen Körperbau anspielend, als er meint, dass seine Freundin einmal stärker sein könnte als er selbst. Körperbilder hätten sich überhaupt geändert, der heutigen Generation von Männern sei es nicht mehr egal, in welchen Klamotten sie herumlaufen. Der lässig gestyl-

„DASS MAN FRAUEN BESCHÜTZEN MUSS, DAS WAR VIELLEICHT EINMAL FRÜHER SO.“ TOM

te Tom Noah (19) glaubt, es wäre schon eher komisch, wenn jemand darauf gar nicht achtet. Und erzählt, was er letztes wieder für einen Spaß hatte, als er mit einem Freund shoppen war.

Unter Druck zu stehen, bestimmte Erwartungen zu erfüllen, macht das vielleicht toxisch? Freiraum lässt es auf jeden Fall keinen. Sich nicht mit den herrschenden Klischees identifizieren zu können, ist genau das, was viele Männer im Alter zwischen 18 und 30 Jahren beschäftigt, erzählt Philip (33). Er ist Therapeut und damit gewissermaßen Experte in dieser Thematik. Während einer Verschnaufpause von seinem Tagesausflug in Salzburg erzählt er, dass er „lustigerweise“ tatsächlich fast nur Männer in der Altersgruppe von 18 bis 30 Jahren als Klienten



Billy glaubt, dass Kinder alles aufsaugen: „Wenn mein Papa gewalttätig ist, dann wird mir das wahrscheinlich auch irgendwie in die Wiege gelegt.“

hat. Das habe wohl damit zu tun, so Philip, dass es unter ihnen mittlerweile akzeptierter sei, „Schwäche zu zeigen“.

Sich erst in ärztliche Behandlung zu begeben, wenn Beschwerden untragbar werden, ist ein Beispiel dafür, wie sich toxisches Verhalten äußert oder auswirkt. Männern ist die eigene Gesundheit weniger wichtig, sie gestehen sich körperliche und psychische Probleme nicht ein, vermeiden es, Kontrolle abzugeben und sterben in Österreich im Durchschnitt circa fünf Jahre früher als Frauen. Ergebnisse einer Studie mit Mönchen und Nonnen veranschaulichen, dass diese Differenz zu einem Großteil nicht durch biologische Faktoren, sondern durch Unterschiede in der Lebensweise von Männern und Frauen zustande kommt. Männer hören schon als Buben, dass sie nicht weinen dürfen und lernen weniger als Mädchen, empathisch zu sein und Gefühle bei sich selbst wahrzunehmen, zuzulassen und zu artikulieren, was beispielsweise den hohen Anteil, den Männer bei Suizid-, Gewalt- oder Gefängnisstatistiken einnehmen, erklären kann.

„Dass Kinder alles so aufsaugen, was sie sehen“, wie Billy (24) meint, hat Auswirkungen auf das spätere Verhalten. Billy hat es sich mit Musik und Zirkusutensilien, einem Diabolo beispielsweise, an einer der breiten Holzbänke gemütlich gemacht und überlegt: „Wenn ich so erzogen werde, dass ich immer der Starke sein muss. Oder, dass

PROBLEME ENTSTEHEN ERST DURCH DIE GESELLSCHAFT, Z.B. DURCH MOBING IM KINDERGARTEN.

mein Papa gewalttätig ist, dann wird mir das wahrscheinlich auch irgendwie in die Wiege gelegt.“ Dass es darauf ankommt, wo jemand herkommt, wie jemand aufwächst, in welchem Umfeld, meint nicht nur Jochen (31), sondern auch Tom Noah (19). In unserer Gesellschaft gibt es eine Norm, eine Erwartungshaltung darüber, wie sich Menschen aufgrund ihres Geschlechts verhalten sollen. Falls aber Geschlecht als soziale Kategorie also konstruiert und nicht natürlich, nicht biologisch gegeben ist, ist sie dann veränderbar?

„In keine Richtung pressen“ will Christoph (33) seine Kinder später einmal und wirkt dabei freudig und zuversichtlich. Er möchte weder Mädchen noch Jungs geschlechtsspezifische Spielsachen oder Klamotten aufzwingen. Dani (20) glaubt, dass der Einfluss der Eltern schwindet. Gegen die Eindrücke, die Kinder über Medien wahrnehmen, könnten Eltern nicht mehr viel ausrichten.

Tom Noah (19), Dani (20) und Christoph (33) glauben, dass es ihnen egal wäre, würden ihre Söhne einmal Kleider tragen wollen. Billy (24) meint: „Ich würd' ihm dazu noch die Haare färben.“ Erst Mobbing in der Volksschule würde das zum Problem machen. Da sind sich alle einig. Vielleicht könnte ja aber auch das künftig dadurch verhindert werden, dass Kinder kein toxisches Verhalten durch ihre engsten Vorbilder vorgelebt bekommen?

„Mein Vater hat mich auch so nie zu Gesicht bekommen“, erinnert sich Dani (20). Für ihn wäre es eine Traumvorstellung, wenn sich beide Elternteile gleich viel Zeit nehmen können für die Kindererziehung. Mittlerweile lässt sich in Österreich die Karenzzeit auch gleich auf beide Eltern aufteilen. Die Statistik jedoch sagt, dass bei Eltern mit Kindern unter 15 Jahren 68,8 Prozent der Mütter und 93,3 Prozent der Väter erwerbstätig sind. Die gute Sache daran: Zwanzig Jahre zuvor lag die Differenz nicht bei rund 25, sondern 35 Prozent, was zeigt, dass Veränderung bereits passiert. Christoph (28) versinkt in Gedanken an seine Kindheit und überlegt, dass es als Mann in seiner Eltern-Generation wahrscheinlich noch sehr komisch gewesen wäre, in Karenz zu gehen. Das Resultat nach einem Tag interessanter Gespräche: Bei der jungen Generation wird das vielleicht einmal anders sein!

Meine Zukunft in Österreich

SEDIQA: „Seit zwei Jahren arbeite ich in einem Vermessungsbüro, dort bin ich die jüngste Mitarbeiterin und die einzige Frau.“

FOTO: KARIN WASNER



In der neunteiligen Porträtreihe „Meine Zukunft in Österreich“ porträtiert SOS Mitmensch junge Frauen, die nach Österreich flüchten mussten. Welche Hürden mussten sie meistern? Was hat ihnen beim Ankommen geholfen? Mit der Reihe will SOS Mitmensch die Perspektiven junger Frauen in der öffentlichen Wahrnehmung stärken. Alle Porträts finden Sie auf www.sosmitmensch.at.

Ein Teil der Beiträge erschien zudem in folgenden Medien: Oberösterreichische Nachrichten, NÖN, Tiroler Bezirksblätter, Bezirksrundschau Oberösterreich, Straßenmagazin Megaphon, Futter (Kleine Zeitung) und biber. Wir bedanken uns bei unseren KooperationspartnerInnen. (Marlene Radl)



Vordenker Gerald Knaus: Er plädiert dafür, den Migrationskurs aktiv mitzugestalten.

MIGRATION

„Dann verkaufen wir unsere Seele“

Der Migrationsforscher Gerald Knaus gilt als Initiator des Flüchtlingsdeals zwischen der EU und der Türkei. Ein Gespräch über Moria, eine notwendige Ethik der Asylpolitik, unsere Grundwerte und die Kampagne Ungarns gegen seine Person.

INTERVIEW: ALEXANDER POLLAK, GUNNAR LANDSGESELL

Herr Knaus, was führt Sie nach Wien?

Ich bin auf Einladung der „Initiative Menschenwürde“ hier, morgen treffe ich den Bundespräsidenten, und es gibt noch ein paar Interviews. Das ist auch eine gute Gelegenheit, zu versuchen, besser zu verstehen, wie die Diskussion in Österreich verläuft.

Glauben Sie, lässt sich der Kurs in der Migrationspolitik, wie ihn die ÖVP

unter Kanzler Sebastian Kurz fährt, beeinflussen?

Ja, ganz sicher. Wir können zwar globale Probleme nur schwer beeinflussen, aber warum wir in der EU selbst unnötiges Leid produzieren, obwohl wir etwas tun könnten – auf diese Frage gibt es von der Bundesregierung keine gute Antwort. Dabei wäre es möglich, eine politische Strategie zu entwickeln und zu helfen, ohne dass neues Leid

erzeugt wird. Und zwar anders als der Bundeskanzler, der mit dem Argument davor warnt, Kinder zu holen, weil damit nur weitere hilfsbedürftige Kinder kommen würden. Es gibt Möglichkeiten, menschenrechtskonform auf eine Weise zu agieren, die in Österreich auch mehrheitsfähig wäre.

Unsere Debatte wird oft von der Frage geleitet: „Was nützt uns?“



Knaus: Mit dem von ihm mitgegründeten Think-Tank „European Stability Initiative“ (ESI) sehr aktiv.

Ich glaube, dass man bei der Suche nach Mehrheiten immer mit der Frage beginnen muss: „Was nützt uns?“ Dazu gehört aber auch, bestimmte Werte zu bewahren. Diese Werte sollen ja auch uns schützen. Die Idee der Menschenwürde etwa – eine radikale Idee. In den 1930er-Jahren gab es auf der Welt nur eine Verfassung, in der das verankert war, in der irischen. Oder die Idee, dass irreguläre Migranten und Asylsuchende Rechte haben, etwa das Recht, dass geprüft wird, ob sie begründete Furcht vor Verfolgung haben. – Das ist eine noch radikalere Idee. Eine Idee, die es im Zweiten Weltkrieg nicht gab, deshalb wurden Juden an den Grenzen abgewiesen. Diese einstmaligen radikalen Ideen gehören für mich aber heute zu den Interessen einer europäischen Demokratie. Aber selbstverständlich sind Politiker vor allem auch an Entscheidungen interessiert, die eine Bevölkerung annimmt. Etwa, wenn es um die Angst

vor Kontrollverlust geht. Die Frage ist nun: Wie lassen sich diese beiden Interessen verbinden? Ich meine, Kontrolle ohne Werte gefährdet auch uns selbst. Die Menschenrechtskonvention, die Grundrechte-Charta und die Flüchtlingskonvention sind ganz eindeutig Teil unserer Werte, unserer Identität.

„Ein ständiger Rechtsbruch an den Außengrenzen ist mit der Menschenrechtskonvention und unseren Werten nicht vereinbar.“

Ein ständiger Rechtsbruch an den Außengrenzen wegen einer relativ überschaubaren Menge von Menschen, die über das Mittelmeer kommt, ist damit nicht vereinbar.

Ungarns Regierungschef Viktor Orbán sieht das wohl anders. Er hat seit der großen Flüchtlingsbewegung seine Maßnahmen massiv verschärft. Andere Staaten sind nachgezogen.

Orbán hielt am 4. September 2015, zwei Tage nach den Bildern des tot am Strand angeschwemmten syrischen Jungen Alan Kurdi, eine triumphierende Rede. Er sagte voraus, dass Europa angesichts dieser „Krise“ bereit sein würde, seine Unterstützung für universelle Menschenrechte aufzugeben. Die Europäer seien Heuchler, sie wollen eigentlich, dass man diese Menschen abhält, egal mit welchen Mitteln. Orbán bezeichnete das als „erste positive Identitätskrise“ und meinte damit die Identität der liberalen Menschenrechte. Ich las diese Rede und mir war klar, dass das ein Programm für die nächsten Monate ist. Und dass es großen Erfolg versprach, wenn dem nichts entgegengesetzt würde. Daraus entstand unser Vorschlag, dass europäische Länder der Türkei anbieten, Flüchtlinge direkt zu übernehmen. So dass sie in der Türkei nicht in Boote steigen müssen. Im Gegenzug wollten wir Kontrolle schaffen, indem wir die,

die trotzdem noch in Boote steigen, obwohl sie in der Türkei sicher sind, nach einem fairen Asylverfahren zurückschicken können.

So wie Sie Ihr Konzept skizzieren, dass Menschen direkt von der Türkei aufgenommen werden, wurde es ja nie umgesetzt. Wie zufrieden sind Sie trotzdem mit dem Deal?

Diese politische Vereinbarung funktioniert nur so lange sich beide Seiten daran halten. Das ist seit Ende Februar 2020 nicht mehr der Fall. Bis dahin hatte sie enorme Wirkung. Immerhin war das die größte humanitäre Hilfe der EU für einen Drittstaat. Es wurden sechs Milliarden Euro versprochen, drei davon wurden ausgegeben. Das hat die Situation der Syrer in der Türkei dramatisch verbessert. Aber das ist ja nicht vorbei. Die Kosten gehen weiter, die Zahl der Syrer wächst weiter, die Türkei selbst ist in einer Wirtschaftskrise. Politisch ist der Druck von Seiten der Opposition gewachsen, sie hat in Istanbul gewonnen und in ihrem Wahlkampf gemeint, dass es zu viele Syrer gibt. Ich denke, die EU muss sich weiter engagieren, denn die Vereinbarung hat vier Jahre lang funktioniert. Aber das reicht nicht. Die EU sollte der Türkei erneut, für die nächsten fünf Jahre, eine ähnliche Hilfe anbieten. Womit man hingegen überhaupt nicht zufrieden sein kann, ist: obwohl die Zahl der Ankommenden so schnell gefallen ist, dass es absolut möglich gewesen wäre, die menschenrechtskonforme Aufnahme und das Verfahren für Menschen auf den griechischen Inseln zu gewährleisten, hat man das verabsäumt. Die Behauptung, dass das unmöglich ist, halte ich geradezu für gefährlich. Denn: Falls es in Europa unmöglich sein soll, innerhalb von ein paar Wochen zu entscheiden, ob 2.000 Menschen, die pro Monat ankommen, Schutz in Europa erhalten, dann hat der Asylgedanke auch weltweit keine Chance. Europa hätte das mit 200 Beamten bewerkstelligen können.

War das Teil einer Strategie der Abschreckung? So wie auch Bundeskanzler Kurz meinte, es wird nicht ohne hässliche Bilder gehen?

Ja, das Problem ist, Abschreckungspolitik funktioniert. Wenn man einen Zaun baut, den durch Soldaten bewachen lässt, kommt niemand mehr. Man hat während der NS-Zeit gesehen, dass Juden nicht mehr in die Schweiz kamen, obwohl ihr Leben bedroht war. Man hat die Effektivität der Berliner Mauer mit Minen und Selbstschussanlagen gesehen. Die Frage ist: Wollen wir das? Welche Grenzen brauchen wir für uns? Das ist insofern relevant, als Grenzen unser Menschenbild ausdrücken. Das heißt, Abschreckung kann funktionieren, aber sie verändert, wer wir sind. Dann verkaufen wir unse-

„Abschreckung kann funktionieren, aber sie verändert, wer wir sind. Dann verkaufen wir unsere Seele.“

re Seele. Das ist das Problem. Deshalb brauchen wir alternative Konzepte zu solchen Maßnahmen.

In Ihrem Buch beschreiben Sie, dass es möglich wäre, Migrationspolitik ohne menschenunwürdiges Vorgehen zu gestalten, und ohne, dass es dabei zu Massenbewegungen kommt.

Genau. Wir brauchen eine Flüchtlingspolitik mit drei Säulen. Erstens: mehr Resettlement von Schutzbedürftigen. Zweitens: mehr Unterstützung für Flüchtlinge in Drittstaaten wie der Türkei. Das führte ja dazu, dass sich kaum noch Syrer in Boote setzten. Drittens: faire Verfahren für die, die kommen. Mit diesen Maßnahmen würden wir irreguläre Migration reduzieren. Aber wenn es uns das nicht wert ist, und wir wegen einigen Zehntausend Menschen Grundrechte aufgeben, dann zeigt das, wie wenig Krise es braucht, dass europäische Demokratien Grundrechte aufgeben. Und wie schnell wir einen Zustand der Recht-

losigkeit herstellen. Das hat aber nicht nur für Flüchtlinge Konsequenzen, sondern für jeden Bürger in unseren Staaten. Wenn ich so leicht das Recht auf Asyl abschaffen kann wie Orbán in Ungarn, dann kann ich auch andere Grundrechte abschaffen. Wenn der Europäische Gerichtshof das derart schnell ignoriert, dann kann er auch andere Rechte nicht mehr schützen.

Sehen Sie in der jetzigen EU-Kommission Schritte in die falsche Richtung, also eher Maßnahmen Richtung Abschottung und nicht Diplomatie?

Die Kommission hat die unmögliche Aufgabe, zwischen Staaten zu vermitteln, die die Flüchtlingskonvention noch nicht aufgeben wollen, und solchen, die auf Abschreckung durch schlechte Behandlung setzen. Ich persönlich halte einen Kompromiss zwischen diesen Positionen für ausgeschlossen.

Sie sehen also gar keine europäische Lösung mehr?

Nein. Aber ich glaube, dass das gar nicht notwendig ist. Ein Beispiel: Nehmen wir an, eine Gruppe von vier Ländern – Deutschland, Frankreich, Niederlande und Österreich – wäre bereit, mit Transitländern wie Griechenland, Italien, Malta und Spanien im Rahmen eines schnellen, fairen Asylverfahrens zu kooperieren. Sie würden also jene Menschen mit positivem Bescheid aus diesen Ländern aufnehmen. Jene Menschen, die negative Bescheide erhalten, würden in diese Transitländer abgeschoben. Das wäre eine Regelung im Interesse dieser Ländergruppe mit Österreich. Es wäre auch im Interesse des Menschenrechtsschutzes und auch der Länder am Mittelmeer.

Können Sie nachvollziehen, dass sich Österreich derzeit außerhalb solcher solidarischer Initiativen positioniert?

Ich versuche immer, Lösungen vorzuschlagen, die eine Chance auf Umsetzung haben. Ein konkreter Vorschlag



In Ungarn von der Regierung Orbán im Rahmen einer Kampagne zum Staatsfeind stilisiert. „Das ist eine schockierende Entwicklung und v.a. ein Signal an die ungarische Zivilgesellschaft.“ G. Knaus

für Österreich: Bundeskanzler Kurz hat mehrmals gesagt, man solle denen helfen, die wirklich Schutz brauchen und nicht abhängig sind von Schleppern. Okay, ein Weg wäre Resettlement, also die Neuansiedlung von Schutzbedürftigen. Dazu zählen wohl auch die Menschen in Griechenland. In Kanada gibt es ein Programm mit Patenschaften und Neuansiedlungen, das auch Österreich entwickeln könnte: Bürger, Gemeinden, Kirchen und Verbände könnten jährlich eine bestimmte Anzahl von Menschen aufnehmen. In Kanada ist diese Zahl mit jährlich 0,05 Prozent der Bevölkerung festgelegt, das würde für Österreich ungefähr 4.000 Menschen bedeuten. Derzeit gibt es in Österreich

zahlreiche leere Aufnahmeplätze, das wäre also gar kein Problem. Auch die Chance auf Integration wäre ungleich höher, weil die Menschen wissen, sie können bleiben. In Deutschland gibt es bereits so ein Pilotprojekt. Würde Österreich folgen, hätten wir einen mehrheitsfähigen Weg, langfristig die Empathie von Gemeinden und Bürgern mit der Kontrolle durch die Regierung zu verbinden und etwas zu realisieren, was in Kanada über die Parteigrenzen hinweg mittlerweile als normal angesehen wird. Jeder kennt jemand, der sich daran beteiligt hat. Man sollte also nicht auf die EU warten, sondern Polen einladen, mitzumachen und zugleich einen Europäischen Fonds einrichten, in

den alle Länder einzahlen, der die nationalen Programme unterstützt.

Abschließend noch eine Frage zu Ihrer Person: Sie leisten Überzeugungsarbeit, sind aber in Ungarn, gemeinsam mit George Soros, als „Feind der Nation“ Ziel einer Kampagne geworden. Hat Sie das schockiert?

Es ist eine schockierende Entwicklung. Bislang gab es so eine Kampagne gegen George Soros oder Jean-Claude Juncker, damals immerhin der EU-Kommissionspräsident. Wenn ich jetzt in den ungarischen Medien zum Staatsfeind stilisiert werde, obwohl mich in Ungarn niemand kennt, dann ist das vor allem ein drohendes Signal an die ungarische Zivilgesellschaft. Ich kenne diese Rhetorik aus Ländern wie Russland, Aserbaidschan, auch aus der Türkei, das ist der letzte Schritt, um zivilgesellschaftliches Engagement zu kriminalisieren. Vor allem dann, wenn es Einfluss hätte. Ich lebe in Berlin, mich persönlich berührt das nicht so wie einen ungarischen Bürger. Aber derart mit einem Österreicher und einer deutschen Organisation zu verfahren, ist ein dramatisches Zeichen für den Stand der Debattenkultur in Ungarn. Es zeigt, dass Worte Konsequenzen haben. Orbán diffamiert NGOs seit Jahren als Söldner, als Verräter, als nationale Gefahr für die Sicherheit.

Der Migrationsforscher und gebürtige Salzburger Gerald Knaus hat 1999 den Think Tank European Stability Initiative (ESI) mit Sitz in Berlin mitbegründet. Er unterrichtete u.a. an der Harvard Kennedy School of Governance in Cambridge.



Sein aktuelles Buch „Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl“ erschien 2020 beim Piper Verlag.

INTERESSENKONFLIKT

Naturschutz ohne Menschenrechte?

Naturschutz muss wehrhaft werden. Dieses Paradigma, geboren aus dem Kampf gegen Wilderei und illegalen Handel mit Tieren, hat besonders auf dem afrikanischen Kontinent dramatische Folgen. Immer wieder gibt es Zusammenstöße zwischen lokaler Bevölkerung und schwer bewaffneten Rangern.

REPORTAGE: SIMONE SCHLINDWEIN

Es war kurz nach Mitternacht, als eine Kugel das Vorhängeschloss an der Holztür sprengte und Dutzende Soldaten und Wildhüter die armselige Lehmhütte von Jean Marie Kasula stürmten. Die bewaffneten Männer zerrten den Chef des Pygmäendorf aus dem Bett und legten ihm Handschellen an, seiner Frau ebenso. Barfuß wurden Kasula und dessen Frau gemeinsam mit vier weiteren Dorfbewohnern abgeführt, erzählt Schwägerin Jaqueline Zimire: „Sie haben uns noch die letzten Habseligkeiten geklaut.“

Das Pygmäendorf Muyange liegt maleirisch an einem dichtbewaldeten Berghang im Osten der Demokratischen Republik Kongo: rund ein Dutzend Lehmhütten, eingeklemmt zwischen den Maisfeldern der örtlichen Bauern und dem Regenwald des Kahuzi-Biega Nationalparks in der Provinz Süd-Kivu. Dazwischen spielen Kinder im Dreck, unterernährt, schmutzig. Kongos Pygmäen, auch Batwa genannt, Nachfahren der ursprünglichen Urwaldbewohner, sind eine benachteiligte Minderheit. Zu Kolonialzeiten galten sie nicht als vollwertige Menschen. Bis heute besitzen sie kein Land, verdingen sich auf den Feldern der Bauern anderer Ethnien für knapp einen Dollar pro



Kongo: Die Wildhüter vom Kahuzi-Biega Nationalpark zum Morgenappell.

Tag. Sie sind die ärmste Bevölkerungsgruppe im Kongo.

Jetzt werden sie der schlimmsten Verbrechen bezichtigt. Knapp eine Woche nach der Verhaftung beginnt unweit

Dilemma: Schutz der letzten Flachland-Gorillas mit westlichen Geldern und die Vertreibung entwurzelter Menschen.

von Muyange unterhalb des Parkeinngangs der Prozess. Soldaten stellen Tische und Stühle auf eine Straßenkreuzung. Dahinter prangt ein Werbeplakat mit einem Gorilla und der Aufschrift „Willkommen im Kahuzi-Biega“.

Der Nationalpark in der kongolesischen Provinz Süd-Kivu ist das letzte Refugium für die ostafrikanischen Flachland-Gorillas: ein UNESCO-Weltkulturerbe, finanziert mit westlichen Geldern.

Vertreibung von 13.000 Menschen

Ein Gerichtshelfer in Uniform breitet Kongos himmelblaue Flagge als Tischtuch auf der Richterbank aus. Darauf postiert er ein rostiges AK-47-Maschinengewehr mit der Registriernummer 9664 – das zentrale Beweisstück. Militärstaatsanwalt Julien Luemba brüllt seine Anklagepunkte ins Mikrofon: Bildung einer bewaffneten Gruppe,

illegaler Waffenbesitz, Zerstörung von Flora und Fauna. Die Parkverwaltung hat zusätzlich fünf zivile Anwälte als Kläger geschickt. Sie argumentieren: „Der Klimawandel ist eine weltweite Bedrohung – doch während die einen bereit sind, für den Schutz der Natur zu sterben, bedroht Kasula das Ökosystem.“

Chef Kasula auf der Anklagebank guckt verständnislos, der Dolmetscher neben ihm übersetzt nur das Nötigste. Auch sein Pflichtverteidiger Serge Bufole wirkt hilflos. Er wurde erst eine Stunde vor Prozessbeginn aus dem Bett geklingelt, gibt er zu. „Der kongolesische Staat hat nicht nur die internationalen Konventionen des Naturschutzes, sondern auch der Menschenrechte unterzeichnet“, argumentiert er gegenüber den Richtern: „Der Park hat ihnen Land versprochen, doch dies ist nie geschehen – jetzt sollen sie also im Gefängnis sterben?“

Der aktuelle Konflikt zwischen der indigenen Bevölkerung und Kongos Naturschutzbehörde ICCN, die den Kahuzi-Biega Park verwaltet, ist eines von zahlreichen Beispielen in Afrika,



Vertrieben: BewohnerInnen des Pygmäendorfs Muyange am Rand des Kahuzi-Biega Nationalparks.

die zeigen, dass zum Zweck des Natur- und Artenschutzes, der aufgrund des weltweiten Klimawandels immer

**Der Nationalpark hat den Menschen Land versprochen,
doch das haben sie nie erhalten.**

mehr Aufmerksamkeit erhält, zunehmend auch Menschenrechte missachtet werden.

Denn laut internationalen Standards sollen Schutzgebiete nur mit freier, vorheriger und informierter Zustimmung (free, prior and informed consent – FPIC) der dort ansässigen Menschen errichtet werden. Dies ist bei den meisten Schutzgebieten, die in der Kolonialzeit oder auch später unter den autoritären Regimen Afrikas gegründet wurden, nie der Fall gewesen.

Der Nationalpark Kahuzi-Biega wurde im Jahr 1970 im damaligen diktatorisch regierten Zaire, heute Demokratische Republik Kongo, vom Belgier und Nachkommen der belgischen Kolonialherren, Adrien Deschryver, gegründet. Er wurde 1976 auf 6.000 km² erweitert, was zu einer Vertreibung von rund 13.000 Menschen führte, darunter rund 6.000 Pygmäen. Bekannt ist Kahuzi-Biega für seine Östlichen Flachlandgorillas, auch Grauer-Gorillas genannt. 1980 hat die UNESCO den Park zum Weltkulturerbe erklärt. Laut der letzten Zählung von 2011 leben nur noch 181 Gorillas im Park. Sie sind akut vom Aussterben bedroht und müssen geschützt werden, so die Prämisse. Zu ihrem Schutz fließen zunehmend mehr Hilfsgelder westlicher

Vor dem Militärtribunal: Indigene Einwohner werden angeklagt, Flora und Fauna zerstört zu haben.





Jaqueline Zimire, Dorfbewohnerin: „Die Soldaten und Wildhüter haben uns noch die letzten Habseligkeiten geklaut.“

Geber und der Europäischen Union in kongolesische Nationalparks, um die gefährdeten Tiere zu retten. Um den sogenannten „Krieg gegen die Wilderei“ erfolgreich zu führen, werden Afrikas Wildhüter nun auch militärisch ausgebildet und mit Überwachungstechnologien ausgestattet.

Es ist noch diesig am Rande des Regenwalds, als morgens um acht Uhr die Parkwächter in ihrem Hauptquartier die Hacken zusammenschlagen. Die Parkverwaltung hat ihre Basis in Tshivanga, nur rund einen Kilometer von der Straßenkreuzung entfernt, wo das Militärgericht tagt. Rund hundert Männer, darunter 36 Pygmäen, in grünen Uniformen, Gummistiefeln und Kalaschnikow-Sturmgewehren salutieren auf dem Platz vor Parkchef De-Dieu Balongelwa. Jenseits der Hauptgebäude erhebt sich majestätisch der dichte Regenwald.

Nachdem der Parkchef nach der Parade vor dem Parkhauptquartier in seinen Geländewagen steigt und in sein Büro nach Bukavu zurück fährt, hat im Park sein Vize Innocent Mburanumwe das Sagen. Kongos berühmtester Umweltschützer wurde im Juli 2019 vom Virunga-Nationalpark in der benachbarten Provinz Nord-Kivu hier her versetzt, nachdem sein brutales Vor-

gehen gegen die lokale Bevölkerung publik wurde. Er saß kurz in Haft unter Anklage, bis er auf undurchsichtige Weise frei kam.

Der kräftige Mann trägt Uniform, in seinem Gürtel steckt eine Pistole. In einem neu errichteten Kontrollzent-

„Krieg gegen die Wilderei“ nun auch mit militärischem Personal und Überwachungstechnologien.

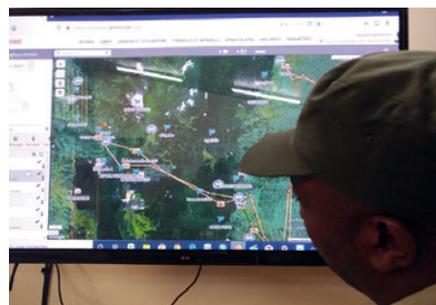
rum steht er vor einem Flachbildmonitor und demonstriert US-gesperrte Satellitentechnologie. „Wir können damit die Patrouillen in Echtzeit verfolgen und sie können uns alarmieren, wenn es Probleme gibt“, erklärt er und deutet auf eine Landkarte neben dem Monitor. Seine Wildhüter und die Sol-

daten operieren gemeinsam gegen Milizen. Auch gegen Pygmäen? Der Vize-Parkchef nickt. „Sie haben sich mit anderen Milizen eingelassen, um uns zu bekämpfen.“

Mburanumwe steigt in seine regen-dichte Schutzkleidung und macht sich auf den Park. Hinter ihm weicht ein schwer bewaffneter Wildhüter nicht von seiner Seite. Die Ranger sind jüngst von israelischen Ex-Militärs der Sicherheitsfirma Maisha im Anti-Terror-Kampf trainiert worden. „Wir sind jetzt kampfbereit, es mit den Terroristen aufzunehmen“, sagt er.

Mburanumwe sucht mit dem Fernglas die Hänge ab. Nur wenige Kilometer von hier leben die gefährdeten Gorillas. Dann zeigt er auf den Hügel gegenüber. Eine Frau sammelt Feuerholz. „Wenn wir Drohnen, Kameras und Nachtlichter hätten, könnten wir die Gorillas besser schützen und jedes Holzkohlefeuer schon von weitem aufspüren“, so der Vize-Parkchef. „Wir hoffen, unsere Geber werden uns diese spendieren.“ Naturschutz muss wehrhaft werden. Dieses Paradigma, geboren aus dem Kampf gegen Wilderei und illegalen Handel mit Tieren, hat besonders auf dem afrikanischen Kontinent dramatische Folgen. Immer wieder gibt es Zusammenstöße zwischen lokaler Bevölkerung und schwer bewaffneten Rangern. Menschenrechtsgruppen sprechen von systematischen Repressionen. Naturschützer und Geldgeber, darunter deutsche Behörden sowie die EU, tun die Exzesse jedoch als „bedauerliche Einzelfälle“ ab.

Im Kontrollraum: Kongos berühmtester Umweltschützer, Vizeparkchef Innocent Mburanumwe, war wegen brutalen Vorgehens bereits versetzt worden.





Verurteilte Pygmäen: Wie Vieh aneinandergekettet und abgeführt.

EU-Gelder und Menschenrechtsverletzungen

Die Geber-Verantwortung ist in vielen Fällen mittelbar nachzuweisen: Denn ein großer Anteil der Gehälter für Wildhüter im Kongo-Becken wird mit deutschen oder europäischen Steuergeldern finanziert. So bezahlt die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) den Wildhütern sogenannte Prämien zur Aufbesserung des niedrigen Staatsgehalts. Die Auszahlung der Prämien erfolgt jedoch nach Kriterien der „Performance“: Wer mehr patrouilliert, weitere Strecken zurücklegt, mehr Eindringlinge aufspürt, festnimmt und verhaftet, wird belohnt. In manchen Verträgen, die zwischen lokalen Parkbehörden und der EU geschlossen wurden, ist klar beschrieben: Die Performance richte sich nach „Zahl der Verhaftungen, Beschlagnahmung von AK-47-Waffen und Munition so-

wie Elfenbein etc.“.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die „Einzelfälle“ eher als Ausdruck eines Systems, in welchem westliche Geldgeber Anreize schaffen, nicht nur gezielt gegen Wilderer, sondern auch willkürlich gegen die Bevölkerung vorzugehen.

So ist es kein Wunder, dass nur weni-

Naturschützer und Geldgeber, darunter die EU, tun die Exzesse als „bedauerliche Einzelfälle“ ab.

ge Stunden nach Beginn des Verfahrens gegen die Pygmäen der Hammer fällt. Das Militärgericht verurteilt Kasula und seine Gefährten zu je 15 Jahren Haft sowie eine Million kongolesische Franc Geldstrafe, ein Vermögen für diese bitterarmen Menschen. Es war ein Schauprozess, eine Warnung an die Bevölkerung, gibt

der Militärstaatsanwalt später gegenüber der Presse zu.

Wie Vieh werden die Pygmäen mit Kabelbinder aneinander gekettet und abgeführt. Die Frauen der verurteilten Männer, die aus den Dörfern angelaufen sind, schluchzen und kreischen. Sie tragen Kleinkinder im Tragetuch und stecken ihren Männern ein paar Bananen und Geldscheine zu. Es sind verzweifelte Momente. Da lädt ein Soldat seine Kalaschnikow durch und zielt warnend auf die aufgewühlte Menschentraube. Alle werden still.

Simone Schlindwein lebt und arbeitet seit 2008 in Ugandas Hauptstadt Kampala, von wo sie für Reportagen in der Region der Großen Seen und angrenzenden Ländern reist. U.a. in den Südsudan, den Kongo, nach Ruanda, Burundi oder in die Zentralafrikanische Republik.

VERTANE BILDUNGSCHANCEN

„Ich mache das für Österreich“

Melisa Erkurts Buch über Chancenungleichheit an österreichischen Schulen machte Schlagzeilen. Konnte das Buch die Politik zum Umdenken bewegen?

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER
FOTOS: KARIN WASNER

Im Sommer 2020 erschien Melisa Erkurts Buch „Generation haram – warum Schule lernen muss, allen eine Stimme zu geben“. Die Journalistin erzählt darin von ihren eigenen Erlebnissen als bosnisches Flüchtlingskind im österreichischen Schulsystem und von ihren Erfahrungen als Lehrerin. Erkurat kritisiert das aktuelle System, in dem Bildungschancen vererbt werden, die Unterstützung der Eltern vorausgesetzt wird, Deutschkenntnisse der SchülerInnen mangelhaft sind und der Rassismus hinter verschlossenen Klassen- und Lehrerzimmertüren ignoriert wird.

Seit dem Erscheinen des Buches gab es viel Medienecho. Hat es auch Konkretes bewirkt?

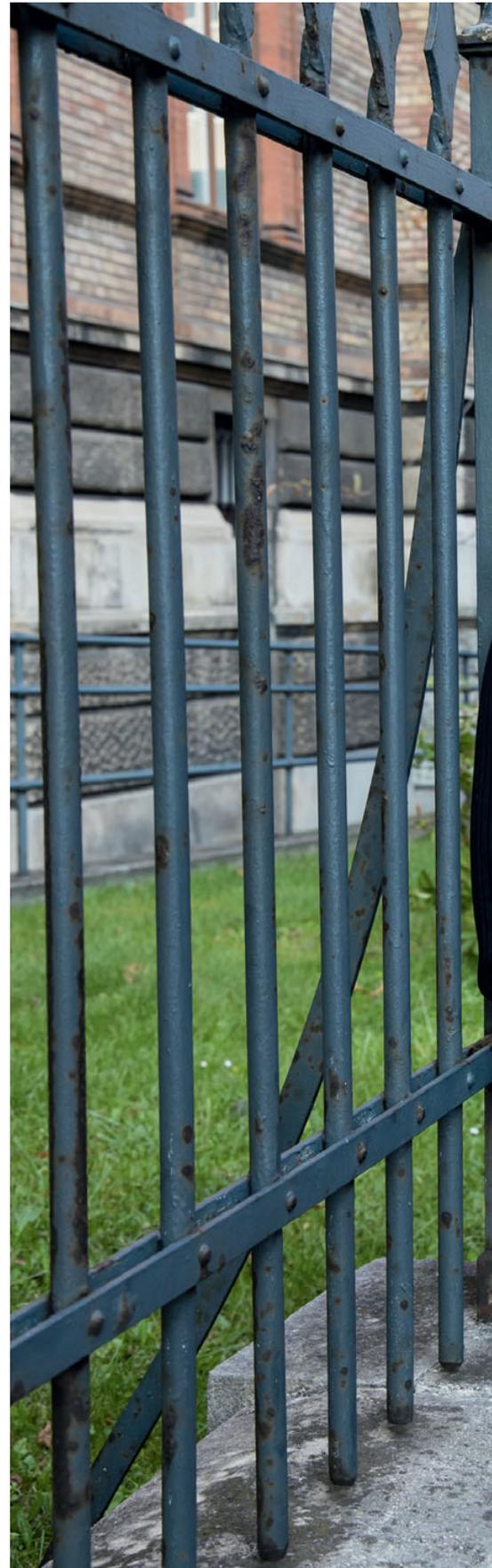
Ja, Unis passen ihre Lehrveranstaltungsangebote und Inhalte zum Beispiel in der LehrerInnenausbildung auf mein Buch an. Ich höre mittlerweile von vielen Studierenden, dass mein

Buch in ihren Vorlesungen besprochen wird. Auch viele LehrerInnen lesen es mit ihren SchülerInnen. MigrantInnen schreiben mir, dass das Buch sie motiviert hätte, ihre eigenen Erfahrungen zu erzählen, einen Blog zu beginnen oder Initiativen zu starten.

Es ist toll, was einzelne Menschen hier machen. Es ist aber genau das, was ich auch kritisiere. Warum verlässt sich die Bildungspolitik auf diese einzelnen tollen Menschen? Warum gibt es keinen breiten Schulterschluss aller BildungspolitikernInnen, die etwas gegen diese Chancenkrise unternehmen?

Hat die Politik bei Ihnen angefragt?

Ein paar PolitikerInnen haben mich um ein Treffen gebeten. Ich versuche das aber zu vermeiden. Ich bin Journalistin, keine Aktivistin, und möchte nicht vereinnahmt werden. Außerdem habe ich alles auf 200 Seiten niedergeschrieben, schreibe jede Woche eine Kolumne im Falter und ma-



Jede/r zweite Wiener/in hat Migrationshintergrund. Wo sind dann die ganzen MigrantInnen in leitenden Positionen?



che auch andere journalistische Arbeit zum Thema Bildung. Und die PolitikerInnen kennen ja die Probleme. ExpertInnen fordern seit Jahren dasselbe, was ich fordere, das ist kein neuer großer Wurf.

Vorschläge sind u.a. Ganztagschulen und die Aufstockung von SozialarbeiterInnen und PsychologInnen an Schulen. Warum wurde das nicht umgesetzt?

Es scheitert wohl an den politischen Mehrheiten. Egal, ob mit einem roten oder schwarzen Bildungsminister. Da gibt's die Schlagwörter Gesamtschule bei den einen und Gymnasium bei den anderen, da will sich keiner etwas schenken. Am Ende sind aber seit Jahr-

Warum verlässt sich die Bildungspolitik auf einzelne, tolle Menschen?

zehnten die gleichen Kinder aus den gleichen sozialen Milieus die VerliererInnen.

Nach den vielen Jahren frage ich mich auch: Will die Gesellschaft überhaupt, dass gewisse Menschen den Aufstieg schaffen? Ist es nicht vielleicht eh so gewollt? Wir brauchen ja Leute, die für uns putzen oder am Bau arbeiten.

Die Mehrheitsgesellschaft hätte also kein Interesse daran, dass diese Kinder es schaffen?

Zumindest nehmen viele es einfach so hin. Es tut ihnen ja auch leid, sie spenden für Flüchtlinge und wollen, dass es denen auch gut geht. Aber was ist, wenn die Migrantin jetzt nicht mehr für mich putzt, sondern eventuell sogar meine Vorgesetzte wird. Es denkt fast niemand daran, dass jemand mit Migrationshintergrund einmal Bun-

deskanzlerin oder Chefredakteurin wird oder ein wichtiges Unternehmen leitet. Ich frage mich: Wie kann das sein? Jede/r zweite Wiener/in hat Migrationshintergrund. Wo sind dann die ganzen MigrantInnen in diesen Positionen? „Privilegienblind“ ist ein schönes Wort dafür: Man meint es eh nicht böse, aber man sieht die Probleme nicht. Auch wenn man eigene Kinder hat, legt man ganz viele Anschauungen wieder zur Seite, weil man nur das Beste für das eigene Kind will. Und das Beste gibt es nicht an den Schulen, wo Alis und Hülyas hingehen. Die Durchmischung in Wien ist schlecht. Die Menschen erfahren nichts voneinander, weil die meisten für sich leben in ihren Bezirken. Da ist auch Wohnpolitik gefragt, nicht nur Bildungspolitik.

Sie fordern eine MigrantInnenquote in öffentlichen Betrieben. Wie soll das gelingen?

Ich vergleiche das immer mit Frauenpolitik. Frauen sind die größte Minderheit, die wir haben. Danach kommen MigrantInnen, zumindest in Österreich. Ohne Quote und Forderungen geht nichts weiter. Es waren nicht Männer, die gesagt haben, wir machen das jetzt für euch. So wird auch die Mehrheitsgesellschaft das nicht für MigrantInnen machen. Eine Quotenregelung ist keine Bevorzugung, sondern versucht die unterschiedlichen Startbedingungen durch mehr Chancengerechtigkeit anzugleichen.

Stichwort Vorbilder: Menschen mit Migrationsbiografie scheinen sichtbarer zu werden.

Ich denke, da tut sich etwas, aber es sind immer noch Einzelne. Wenn zum Beispiel eine Journalistin mit muslimischen Background die ZIB2 moderieren würde, könnte sie das wohl nicht



Melisa Erkurt, geboren 1991 in Sarajevo, war Redakteurin beim Magazin biber und zwei Jahre mit dem biber Schulprojekt „Newcomer“ an Wiener Brennpunktschulen unterwegs.

zusammen mit Stefan Lenglinger machen. Eine muslimische Frau und ein Schwarzer Mann, dafür ist Österreich noch nicht bereit.

In den Medien hat das Thema Bildung und Rassismus zumindest vorübergehend Anklang gefunden. Wie beurteilen Sie das?

Wir müssen noch mehr darüber reden. Ich wünsche mir, dass JournalistInnen über Bildung genauso berichten wie jetzt über die Klimakrise, denn die Lage ist ernst. Wir sprechen langsam über Rassismus bei der Polizei, das ist wichtig. Aber auch die Lehrerschaft muss sensibilisiert werden, eben in der Ausbildung. Nur ist es schwierig das anzusprechen, denn dann heißt es sofort: Nicht schon wieder Lehrer-bashing. Es passiert aber häufig in der Schule, dass eine Fatima Tina genannt wird, weil es einfacher erscheint, migrantische SchülerInnen als Kollektiv wahrgenommen werden und mit ihren Eltern anders umgegangen wird.

Und bei Bildungsthemen kommen immer LehrerInnen oder DirektorInnen zu Wort. Es sind ganz selten SchülerInnen oder LehrerInnen mit Migrations-

hintergrund. Das zeigt auch, warum es meist nur um die Deutschkenntnisse geht und die Frage: Ja, was machen wir denn jetzt mit diesen Migrantenkinder?

Wir sprechen langsam über Rassismus bei der Polizei. Aber auch die Lehrerschaft muss sensibilisiert werden.

Über diese Migrantenkinder hat die Lehrerin Susanne Wiesinger vor zwei Jahren das Buch „Kulturkampf im Klassenzimmer“ geschrieben. Danach wurde sie Obfrau einer neu geschaffenen Ombudsstelle für Wertefragen und Kulturkonflikte. War Ähnliches bei Ihnen im Gespräch?

Nein, aber ich hätte es super gefunden, wenn eine Ombudsstelle für Rassismusfragen im Bildungsbereich errichtet worden wäre. Oder auch ein Lehrstuhl für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft, so wie ihn Aladin El-Mafaalani in Deutschland innehat. Stattdessen beschrieb der Bildungsminister mein Buch als polemisch, der Wiener Bürgermeister meinte, mein Buch wäre eine pointierte

Bemerkung. Ein Jobangebot in der Politik würde ich jedenfalls nicht annehmen.

Warum heißt das Buch „Generation Haram“, wenn es um die allgemeine Bildungsmisere geht?

Bei „Generation Haram“ wirkt es zunächst so als wären muslimische Jugendliche das Problem. Aber auf den zweiten Blick sieht man, dass sie es sind, die das Problem haben, denn sie sind die VerliererInnen. Für eine Anna oder einen Paul sind Deutschkenntnisse weniger relevant, sie schaffen den Aufstieg. Einige meiner SchülerInnen fragten mich auch: Warum soll ich Deutsch lernen? Ich bleibe trotzdem für alle der ‚Ausländer‘. Ich habe ihnen gesagt: Macht euch die Sprache zu eurem eigenen Werkzeug. Damit könnt ihr auf Dinge hinweisen, die falsch laufen in Österreich, so wie ich jetzt mit meinem Buch in deutscher Sprache.

Für dieses Aufzeigen gibt es Kritik.

Ja, viele sagen, das steht mir nicht zu und fragen: Wer bist du, dass du das kritisierst? Geh doch zurück nach Bosnien und kritisier das Schulsystem dort. Aber ich sehe mich als Österreicherin und mache das für Österreich.

Melisa Erkurt

„Generation haram – warum Schule lernen muss, allen eine Stimme zu geben“ (Zsolnay Verlag).



JUBILÄUM

Gelebte Solidarität

Das Integrationshaus Wien feiert heuer 25-jähriges Jubiläum. Nächstes Jahr verabschiedet sich die Geschäftsführerin Andrea Eraslan-Weninger in den Ruhestand. Gründe genug, um mit ihr auf Entwicklungen in der Integrations- und Asylpolitik zurückzublicken.

INTERVIEW: VALENTINE AUER, FOTOS: KARIN WASNER



Andrea Eraslan-Weninger: Die Idee des Integrationshauses war die eines Hauses mit kleinen Wohneinheiten und psychosozialer Betreuung.

Sie waren bei der Gründung des Integrationshauses dabei. Aus welcher Notwendigkeit wurde das Integrationshaus damals gegründet?

Anfang der 1990er Jahre herrschte im ehemaligen Jugoslawien Krieg. Es kamen 90.000 Flüchtlinge, hauptsächlich Menschen aus Bosnien, nach Österreich. Die Aufnahme erfolgte in großen Lagern. Dort lebten die Men-

schen ohne Privatsphäre. Oft trennten nur Leintücher die einzelnen Räume. Die Bundesbetreuung war schlecht, es gab zahlreiche obdachlose Geflüchtete. Gleichzeitig waren viele Menschen traumatisiert, psychosoziale Angebote gab es kaum. Das war die Ausgangslage. Rund um das „Lichtermeer“ 1993, bei dem circa 300.000 Menschen gegen Rassismus auf die Straße gingen, hat-

ten Willi Resitarits, Sepp Stranig und andere Menschenrechts-AktivistInnen die Idee, das Integrationshaus als Alternative zu gründen – ein Haus mit kleinen Wohneinheiten, der Möglichkeit die Tür zuzusperren und mit psychosozialer Betreuung. Darauf folgte die Zusage der Gemeinde Wien, dass sie uns ein Haus zur Verfügung stellen. Ich kam 1994 dazu, um die Idee in

die Praxis umzusetzen. 1995 zogen die ersten BewohnerInnen ein.

Sie haben bereits von verschiedenen Problemen gesprochen. Sind es 25 Jahre später die gleichen Missstände, die das Angebot des Integrationshauses aufzufangen versucht?

Die Anforderungen an das Integrationshaus erweiterten sich aufgrund der Bedürfnisse der Menschen. Waren es am Anfang der Wohnheimbetriebe, psychologische Betreuung, ein Kindergarten und erste Sprachkurse, bemerkten wir bald, dass wir den Bildungsbereich aufstocken müssen. Wir entwickelten weitere Angebote und Kurse in den Bereichen Spracherwerb, Basisbildung und Arbeitsmarktintegration. Der nächste Schritt war die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Zunehmend wichtiger wurde auch eine unabhängige Rechtsberatung, die wir 2006 an unsere Beratungsstelle für Asylsuchende in der Grundversorgung angliedern konnten.

Inwieweit reagierten Sie mit diesen Angeboten auf eine sich ständig ändernde Integrations- und Asylpolitik?

Das Asyl- und Fremdenrecht wurde in den vergangenen 25 Jahren komplexer und restriktiver. Dadurch wurde die unabhängige Rechtsberatung notwendig. Mittlerweile ist Flüchtlingsarbeit ohne ausgebildete JuristInnen kaum denkbar. Auch auf das Jahr 2015 haben wir reagiert. Damals hat Österreich im Gegensatz zu heute das Richtige getan und Geflüchtete in größerem Maße aufgenommen. Als Reaktion darauf bauten wir unsere Unterkünfte und Angebote in allen Fachbereichen aus. Heute geht es darum, eine andere Politik zu fordern und Alternativen zu schaffen. Denn die derzeitigen Entwicklungen sind bedenklich. Das ehemalige Flüchtlingslager Moria macht das systemische Versagen, nicht nur Österreichs, sondern der gesamten Europäischen Flüchtlingspolitik sichtbar.



Andrea Eraslan-Weninger zitiert Peter Turrini: „Wenn wir jetzt nicht in den Humanismus investieren, barbarisiert sich alles“

Dieses Versagen bedroht unsere Werte, bedroht den Flüchtlingsschutz, das Asylrecht, bedroht die Menschenwürde und die Menschenrechte, bedroht die Freiheit und die Demokratie. Mir fällt ein Satz von Peter Turrini ein, den er bei der Eröffnung des Integrationshauses sagte: „Wenn wir jetzt nicht in den Humanismus investieren, barbarisiert sich alles“. Jetzt sind wir wieder in so einer Situation. In Österreich spitzt es sich seit der türkisblauen Regierung zu. Eine Regierung, die Flüchtlings- und Menschenrechte mit Füßen trat. Trotz

grüner Regierungsbeteiligung bleibt die ÖVP bei den Themen Integration, Migration und Asyl bestimmend. Die Politik zielt auf Ausgrenzung und Desintegration ab. Daher ist es wichtig, dass wir als Zivilgesellschaft tätig werden, unsere Stimme erheben und uns wehren.

Sie kritisieren, dass die Flüchtlings- und Integrationspolitik der türkisblauen Regierung einen „Scherbenhaufen“ hinterlassen hat. Können Sie das konkretisieren?

Neben Restriktionen im Asyl- und Fremdenrecht, zählt die Sozialhilfe Neu dazu. Der Verfassungsgerichtshof hob zwar Teile davon auf, subsidiär Schutzberechtigte werden aber weiterhin benachteiligt. Diese große Gruppe erhält statt monatlich 860 Euro Sozialhilfe, nur mehr 365 Euro Grundversorgung. Das ist nicht existenzsichernd. Der nächste Punkt ist die Rechtsberatung, die verstaatlicht wird. Es werden zwar MitarbeiterInnen aus der privaten Rechtsberatung übernommen, dennoch kann die Unabhängigkeit so nicht garantiert werden. Ein anderes Beispiel ist die Verknüpfung von Sozialleistungen mit Deutschkenntnissen und anderen Integrationsvereinbarungen. Das ist eine Politik des Sanktionierens. Statt Sanktionen bräuchte es die richtigen Angebote für Betroffene, die stehen aber nicht zur Verfügung. Fehlende Angebote und Maßnahmen sind Probleme, die wir seit Beginn unserer Arbeit kennen. Es gibt dabei große Unterschiede nach Bundesland. Auch wenn es positiv ist, dass zum Beispiel Wien mehr Angebote zur Verfügung stellt, sollten Geflüchtete überall die gleichen Möglichkeiten haben. Es benötigt bundesweit Zugang zu Bildung, zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt, zur sozialen Grundsicherung und zum Wahlrecht. Es benötigt die Anerkennung von Mehrsprachigkeit und Vielfalt.

Wie schätzen Sie den Spielraum der Grünen in der aktuellen Regierung ein, wenn es darum geht diesen Zugang zu schaffen?

Die Grünen können sich mit ihrer Politik auf vielen Ebenen nicht durchsetzen. Damit sich das ändert, muss die Gegenstimme innerhalb der Grünen lauter werden. Es gibt aber auch positive Entwicklungen: Unter der türkisblauen Regierung fehlten uns AnsprechpartnerInnen. Jetzt haben wir wieder PartnerInnen, mit denen wir unsere Anliegen besprechen können.

Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Sie haben in den vergangenen 25 Jahren im Integrationshaus viel erlebt. Können Sie von einem für Sie besonders berührenden Erlebnis erzählen?

Es gibt im Integrationshaus viele schöne Momente. Oft sind das die kleinen Geschichten, die nach außen nicht weltbewegend, aber für die Betroffenen ein riesiger Schritt sind. Wenn eine Familie Asyl bekommt, wenn jemand einen Arbeitsplatz findet oder einen Pflichtschulabschluss schafft. Dieses Weiterkommen der Menschen zu sehen, motiviert mich, dafür zu sorgen, dass wir mit unseren Ressourcen konkret weiterhelfen können. So werden wir zum Praxisbeispiel für gelebte Solidarität.

„Es gibt im Integrationshaus viele schöne Momente. Oft sind das kleine Geschichten, die nach außen nicht weltbewegend sind.“

Das klingt als ob es für Sie gar nicht so einfach sein wird, in Pension zu gehen. Freuen Sie sich trotzdem schon darauf mehr Zeit für sich zu haben?

Ich freue mich schon sehr mehr Zeit für mich zu haben. Das Asyl- und Flüchtlingsthema ist für mich aber ein Lebensthema mit dem ich mich seit mehr als 40 Jahren intensiv beschäftige. Auch wenn ich nicht mehr Geschäftsführerin bin, ziehe ich mich nicht aus der Zivilgesellschaft zurück. Ich werde mich in dieser Frage weiterhin engagieren. Es wäre der falsche Zeitpunkt, um sich zurückzuziehen. Es braucht gerade jetzt Widerstand, um den Flüchtlingsschutz und das Asylrecht zu verteidigen.

Andrea Eraslan-Weninger hat im Integrationshaus wichtige Impulse gesetzt. Das Haus ist ein anerkanntes Kompetenzzentrum, das sich besonders um Traumatisierte, AlleinerzieherInnen und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kümmert.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),
Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann, Eva Vasari (Illustrationen),
Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger,
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Noomi Anyanwu, Valentine Auer, Eva Bachinger,
Nour Khelifi, Milena Österreicher,
Alexander Pollak, Martin Schenk, Simone Schindwein,
Philipp Sonderegger, Brigitte Theißl

COVERBILD: Karin Wasner

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera

Katharina.Hofmann-Sewera@sosmitmensch.at,
Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Irene Palmethofer, abo@momagazin.at

Telefon: +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge
ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von
Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den
UrheberInnen. Falls kein/e Urheber/in
ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

GERECHTIGKEIT

Eine fehlerlose Polizei ist zu viel verlangt

Der Anwalt Clemens Lahner über Versäumnisse der Staatsanwaltschaft, die Risiken sich zu beschweren und den Unterschied zwischen irrenden und lügenden PolizistInnen.

INTERVIEW: PHILIPP SONDEREGGER
FOTOS: KARIN WASNER

Eine Polizei, die keine Fehler macht, wäre das nicht wunderbar?

Es wäre zu viel verlangt. Jeder Mensch macht Fehler, auch AnwältInnen. Zum Problem wird es, wenn eine Organisation nicht bereit ist, aus Fehlern zu lernen. Und es macht einen Unterschied, wenn die bewaffnete Staatsgewalt Fehler macht. Wenn mir jemand die Haare schlecht schneidet, kann ich das nächste Mal woanders hingehen. Diese Wahlmöglichkeit habe ich gegenüber der Staatsgewalt nicht. Zur Polizei kann ich nicht sagen, bitte, schicken Sie mir wen anderen. Zweitens hat die Polizei Befugnisse, mit denen sie weit in unsere Grundrechte eingreifen kann.

Beim Zeitung lesen könnte man den Eindruck gewinnen, dass Sie laufend Verfahren gegen die Polizei gewinnen. Sind Sie reich?

Mit Maßnahmenbeschwerden kann man tatsächlich gutes Geld verdienen. Die Republik zahlt nach Anwaltstarif und der ist gedacht für Menschen mit Geld. Mit den gewonnenen Maßnahmenbeschwerden finanziere ich aber den anderen, den größeren Bereich meiner Arbeit, das Asylrecht. Da kann ich nicht nach Tarif abrechnen, weil die Menschen einfach das Geld nicht haben.



Anwalt Clemens Lahner vertrat u.a. jenen Klima-Demo-Beobachter, den die Polizei am 31. Mai 2020 unrechtmäßig festnahm und dessen Kopf unter ein Polizeiauto geriet.

Klingt nach einer Einladung, sich über die Polizei zu beschweren.

Achtung, eine verlorene Maßnahmenbeschwerde kann eine Menge Geld kosten. Wer sich über eine Festnahme beschwert und vor Gericht verliert, zahlt etwa 900 Euro an die Polizei. Man sollte sich eine Beschwerde zwei Mal überlegen.

Wann raten Sie zu einer Beschwerde?

Erstens, wenn sich das rechtswidrige Verhalten schon aus dem Polizeiakt ergibt. Wenn die Behörde das Fehlverhalten dokumentiert hat, brauche ich nichts mehr zu beweisen. Zweitens, wenn ich ein anderes starkes Beweismittel habe. Heutzutage haben viele Menschen ihr Handy parat und können Amtshandlungen filmen. Das hat Gewicht. Wenn nur Aussage gegen Aussage steht, rate ich eher ab. Da besteht ein Risiko, dass das Gericht der Polizei glaubt und man verliert.

Ist das nicht unfair?

Gerichte geben PolizistInnen einen Vertrauensvorschuss, nach dem Motto: BeamtInnen haben einen Amtseid geschworen. Sie haben sich entschieden, Dienst in der Uniform zu machen, der Gesellschaft zu dienen und haben keinen Grund zu lügen. Erst wenn ein Video oder widersprüchliche Aussagen Hinweise darauf ergeben, dass sich der Polizist oder die Polizistin geirrt haben könnte oder womöglich sogar die Unwahrheit sagt, dann urteilen RichterInnen auch anders und ziehen die Aussagen in Zweifel.

Wie oft kommt es vor, dass PolizistInnen vor Gericht lügen?

Es kommt definitiv vor, dass ein Polizist oder eine Polizistin eine Aussage macht und ich weiß, dass sie falsch ist. Es ist aber die Ausnahme, dass ich davon überzeugt bin, das ist gelogen. Re-



Lahner: „Gerichte geben PolizistInnen einen Vertrauensvorschuss.“

lativ oft komme ich zum Schluss, dass sich da jemand irrt oder dass mich nicht überzeugt, was der Mensch erzählt.

Alles ein großes Missverständnis?

Die meisten Menschen bemühen sich, die Wahrheit zu sagen. Ich gebe einmal grundsätzlich jedem Menschen einen Vertrauensvorschuss. Wer mir in die Augen schaut und sagt, das war

„Sonderstaatsanwaltschaften könnten eine Verbesserung bringen.“

so, dem bin geneigt zu glauben. Aber: wenn zwei Menschen die gleiche Situation erleben, dann heißt das noch nicht, dass sie das Gleiche wahrnehmen. Ich versuche dann auch nicht notwendigerweise das Gericht davon zu überzeugen, mein/e MandantIn sagt die Wahrheit und der Polizist oder die Polizistin lügt. Ich versuche zu klären, wer geht dort mit welcher Erwartungshaltung rein, wer hat dort welche Wahrnehmungen und wie kommt es zu unterschiedlichen Schilderungen.

Um ein Verfahren zu gewinnen, ist es nicht zwingend, die Wahrheit zu ergründen?

Wenn ich eine Maßnahmenbeschwerde einbringe, muss ich beweisen, dass die Amtshandlung rechtswidrig war. Es reicht aus, wenn ich aufzeige, ein/e PolizistIn hat sich geirrt. Manchmal legen MandantInnen Wert darauf, nicht nur das Verfahren zu gewinnen, sondern eine falsche Darstellung durch die Polizei zu korrigieren. Und auch ich ärgere mich, wenn jemand knallharte Lügen erzählt. Aber meistens ärgern sich die RichterInnen mehr. Unlängst wurde in einem meiner Verfahren ein Polizeibeamter wegen falscher Zeugenaussage bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Die Richterin hat gemeint, man kann sich mal irren, aber bewusste Falschangaben müssten Konsequenzen haben.

In Wien wurden sechs Beamte suspendiert, weil sie offenbar zwei prügelnde Kollegen gedeckt haben.

Gut, dass die Polizeiführung rasch gehandelt hat und der Fall gerichtlich geklärt wird. Das eigentliche Versäumnis sehe ich in diesem Fall auf Seiten der Staatsanwaltschaft. Da hätte jemand



„Die Polizei ist heute etwas besser darin, mit Frauen, die Gewalt in der Familie erfahren, zu sprechen.“

fragen müssen, Moment mal, ein Spielokal, gibt's da keine Überwachungskamera? Dass dieser Mann nicht nur Gewalt erfahren musste, sondern dann auch noch selber das Video beischaffen musste, um sich vom Vorwurf der Verleumdung frei zu beweisen, ist tatsächlich ein Skandal.

Offenbar kein Einzelfall. In zwei Drittel der Misshandlungsverfahren gibt die Staatsanwaltschaft keine Ermittlungsaufträge an die ErmittlerInnen.

Die Staatsanwaltschaften haben alle eher zu viel Arbeit, als zu wenig. Zusätzliche Ermittlungsaufträge machen den Aktenstapel auch nicht kleiner. Aber es sollte selbstverständlich sein, dass überall, wo es Videos oder Fotos gibt, diese auch herbeigeschafft werden. Entscheidend ist auch die Geschwindigkeit der Ermittlungen. Verfahren werden oft mit der Begründung eingestellt, dass ein Opfer widersprüchliche Angaben gemacht hat. Aber nach fünf, sechs Monaten können sich Betroffene einfach nicht mehr an jedes Detail genau erinnern.

Was schlagen sie vor?

Sonderstaatsanwaltschaften könnten eine Verbesserung bringen. Die geplante unabhängige Ermittlungsstelle

zu Polizei-Gewalt ist hoffentlich auch ein Schritt zu rascheren und gründlicheren Ermittlungen. Und einer besseren Fehlerkultur.

Hat die Polizei dazu gelernt?

Die Polizei ist heute etwas besser darin, mit Frauen, die Gewalt in der Familie erfahren, zu sprechen. Sie ist besser, wenn es um die Frage der Inanspruchnahme von Dolmetschleis-

„Armutsbetroffene oder Menschen, die nicht so weiß sind wie ich, erleben Polizei immer noch als diskriminierend.“

tungen geht, oder bei der Dokumentation von Amtshandlungen. Unter dem Eindruck der EGMR-Judikatur muss heute die Polizei beweisen, was passiert ist, wenn jemand mit Hämatomen die Polizeiinspektion verlässt. Das hat viel verändert. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern haben wir eine gute Polizei und auch im Vergleich zu Österreich vor 30 Jahren. Vor 30 Jahren hatte aber auch noch jede/r ein Mobiltelefon einstecken. Und was noch immer ein ernstes Problem ist: Armutsbetroffene oder etwa Menschen, die nicht so weiß sind wie ich, erleben Polizei leider immer noch als diskriminierend. Da ist noch viel zu tun.

Gibt die Polizeiorganisation nur zu, was man ihr nachweisen kann?

Wenn der Sachverhalt, den wir in einer Beschwerde behaupten, nicht 1:1 dem entspricht, was die Polizei selber dokumentiert hat, wird er immer bestritten. Und dann kann es passieren, dass wir im Verfahren Videos oder Fotos vorlegen können und uns die Gerichte recht geben. Die Verfügbarkeit dieser objektiven Beweismittel hat die Rechtsprechung verändert.

Wie wurde Ihre Unterstützung der Partei LINKS im Wiener Wahlkampf aufgenommen?

Ich glaube nicht, dass jemand überrascht ist, dass ich politisch links stehe. Ich schaue nicht aus wie ein typischer Anwalt und auch mein Aufgabenfeld unterscheidet sich von dem vieler KollegInnen. Die Vertretung und Verteidigung vieler linker AktivistInnen in den letzten Jahren habe ich auch aus Gründen der Solidarität und des Respekts vor ihrer Arbeit übernommen. Von manchen Menschen habe ich positive Rückmeldung bekommen, dass ich mich öffentlich bekenne, weil sie selbst diesen Schritt aus Angst vor beruflichen Konsequenzen nicht wagen würden.

Ablehnende Reaktionen gab es keine?

Ein Mandant hat gefragt, Herr Lahner, wenn ich Sie als Anwalt nehme, bin ich dann nicht gleich abgestempelt als „Antifa-Aktivist“ bei Gericht oder glaubt dann die Richterin nicht erst recht, dass ich irgendwie ein Randalierer bin? Natürlich kann ich nicht in RichterInnen hineinschauen, aber ich vertraue darauf, dass sie zwischen Mandantschaft und Rechtsvertretung unterscheiden können. Und ich denke, mein Team und ich haben uns durch unser Engagement auch den Respekt derjenigen erarbeitet, die politisch anders ticken.

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler portraitiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR EL-HOUDA KHELIFI

Es ist Montag, der zweite November gegen 20 Uhr, der nicht nur Wien, sondern ganz Österreich auf den Kopf stellt und lähmt. Ein dschihadistischer Terrorist, der sich auch zum sogenannten IS bekennt, tötet an dem Abend vier Menschen und verletzt 24. Ich war heilfroh, dass an diesem Montag Allerheiligen war und meine Geschwister demnach nicht arbeiten oder zur Uni gehen mussten, also in die Nähe des Tatorts kamen. Ich war und bin immer noch erschüttert, denn Wien, als meine Geburts- und Heimatstadt, galt als Insel der Seligen. Nie im Leben hätte ich mir erträumen können, dass Wien von einem terroristischen Anschlag getroffen werden könnte. Und natürlich auch, was für gravierende Konsequenzen so ein Attentat mit sich trägt, für die Opfer, die Hinterbliebenen, die Gesellschaft. Wie wird das Zusammenleben in Wien und Österreich ab jetzt aussehen? Schon am Abend des Attentats hat sich herauskristallisiert, wem Spaltung lieber ist als Solidarität. In einem bekannten Boulevardsender wurde ein Video gezeigt, wo die Hinrichtung eines Opfers

zu sehen ist. Immer wieder zeigte die Redaktion das Video, sowie viele andere auch und handelte damit entgegen der Bitte von der Polizei, die Ermittlungen, sowie die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Ruhige, informative, unaufgeregte, aber auch eine moralisch-ethische journalistische Arbeit hätte es gebraucht, die insbesondere der österreichische Rundfunk an dem Abend geleistet hat.

Antimuslimischer Rassismus existiert schon lange

Unruhe und Angst macht sich auch in der muslimischen Community breit. Denn ein Anschlag wie dieser ist perfekter Nährboden für die Rechten und Ressentiments jeder Art. Mit dem Erscheinen von HC Strache aber auch von Sebastian Kurz auf der großen politischen Bühne mehrte sich die antimuslimische Stimmung in diesem Land. Die Angriffe auf muslimisch gesehene Menschen, aber insbesondere Frauen die Kopftuch tragen nehmen rapide zu. Auch ich habe den gesellschaftlichen Wandel gespürt. Neben verbalen Attacken und Diffamierungen



Illustration: Petja Dimitrova

in der Öffentlichkeit wurde ich auch angespuckt, andere wurden mit dem Messer attackiert oder das Kopftuch vom Kopf gerissen. Bundeskanzler Kurz und Innenminister Nehammer haben nach dem Anschlag versöhnende Worte gefunden und darauf hingewiesen, dass der gemeinsame Feind nicht muslimische oder migrantische Menschen wären. So an sich der richtige Ansatz, um das Volk zu erinnern, dass wir hier gemeinsam Seite an Seite stehen müssen. Aber solche Aussagen hätte ich mir von Sebastian Kurz schon vor Jahren gewünscht. Seine antimuslimisch-rassistische Politik die er seit 2011 betreibt hat neben der FPÖ diese gefährliche Atmosphäre an antimuslimischen Ressentiments geschaffen. Jetzt geht es darum, diese Diskurse nicht weiter zu befeuern, sondern für echten Zusammenhalt zu sorgen. Und damit dieser Wandel auf gesellschaftlicher Ebene passiert, muss der zuerst auch politisch funktionieren. Mögen wir mit neuer Kraft und Mut unsere Zukunft in Wien bestreiten und den Opfern, sowie ihren Hinterbliebenen gedenken.

POPULÄR GESEHEN

Die Schönheit der Verfassung

Die österreichische Verfassung enthält – anders als zum Beispiel das Grundgesetz Deutschlands – weder soziale Grundrechte noch eine Sozialstaatsklausel.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Die Schönheit der Verfassung zu würdigen, heißt, sie um soziale Menschenrechte zu vervollständigen. Jetzt zum Jubiläum 100 Jahre Verfassung legt die Armutskonferenz einen konkreten Gesetzesentwurf vor. Dieses „Bundesverfassungsgesetz soziale Sicherheit“ formuliert neben der Gewährleistung eines „menschenwürdigen Daseins“ folgende Rechte: das Recht auf Gesundheitsversorgung, das Recht auf Bildung und das Recht auf Mindestversorgung. „Jeder Mensch hat das Recht auf Mindestversorgung, die ein menschenwürdiges Dasein, insbesondere materielle Sicherheit, soziale und gesellschaftspolitische Teilhabe, gewährleistet.“ Der Entwurf folgt den Diskussionen im Österreich-Konvent sowie der Grundrechtscharta der Europäischen Union. Auch im aktuellen Regierungsprogramm steht, dass der Grundrechtskatalog erweitert werden soll. Jetzt könnte man sagen, ist ja alles eh wurscht, was bewirkt das schon? Da lohnt ein Blick nach Deutschland. Da ging es um die Zulässigkeit von Sanktionen bei Hartz IV und deren Vereinbarkeit sowohl mit der Würde des Menschen, als auch mit der Ver-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

pflichtung des Staates, existenzsichernde Maßnahmen zu setzen. Das deutsche Verfassungsgericht hat die Sanktionen aufgehoben; und argumentiert, dass „Menschen nicht auf das schiere physische Überleben reduziert werden dürfen, sondern mit der Würde mehr als die bloße Existenz und damit auch die soziale Teilhabe als Mitglied der Gesellschaft gewährleistet“ werden muss. Einer Spaltung in einen physischen „Kernbereich“ und einen sozialen „Randbereich“ der Existenzsicherung erteilt das Gericht eine klare Absage. In Österreich hingegen wird für die Diskussion des absoluten Minimums der Existenzsicherung meist das Verbot der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung herangezogen. Zum jetzigen Zeitpunkt orientiert sich also das Gericht in Karlsruhe mehr in Richtung soziale Teilhabe und Würde, wohingegen der Verfassungsgerichtshof in Wien einen weit niedrigeren Standard für seine Beurteilung wählt. So richtig schön ist unsere Verfassung erst dann, wenn die sozialen Menschenrechte Teil von ihr sein werden.

POLIZEIKOLUMNE

Ausschalten

Die Wortwahl der Polizeispitze in der Wiener Terrornacht verrät etwas über deren Mindset.

PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE EXEKUTIVE.
Illustration: Petja Dimitrova

Der Attentäter von Wien hat vier Menschen getötet und viele schwer verletzt. Dann hat ihn ein WEGA-Polizist erschossen. In nächtlichen Statements rang eine sichtlich angespannte Polizeispitze um Worte. Wer genau hinhörte, konnte etwas über die Polizei lernen. Innenminister Karl Nehammer sagte, es sei „Spezialeinheiten der Polizei gelungen, einen schwer bewaffneten Attentäter auszuschalten.“ Wiens Polizeipräsident Gerhard Pürstl hingegen verwendete die Formulierung, es sei „ein mutmaßlicher Täter bei diesem Einsatz verstorben.“ Dahinter stehen divergierende Mindsets. Der gelernte Kommunikationstrainer Karl Nehammer kommt aus dem Bundesheer. Er ließ sich vier Jahre verpflichten und danach bildete er fürs Heer Informationsoffiziere aus. Auch Pürstl hat ein Jahr als Zeitsoldat gedient. Doch er ist durch und durch Polizeijurist. Jahrelang leitete er das Büro für Rechtsfragen bevor er zum Präsidenten berufen wurde. Der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Franz Ruf, diente als Gebirgsjäger. Auch seine Wortwahl ist Militärjargon. Der Täter sei „neutralisiert“ worden.

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

Die Einsatzdoktrin von Polizei und Militär unterscheiden sich fundamental. Die Polizei ist auf Gefahrenabwehr mit dem gelindesten Mittel ausgerichtet. Das Militär zielt auf die Zerstörung der feindlichen Kampfkraft ab - mit allen erforderlichen Mitteln. Soldaten führen eingedriete Abläufe aus, im Zweifelsfall wenden sie das schärfste und wirksamste Mittel an. PolizistInnen hingegen haben viel persönlichen Handlungsspielraum und müssen ständig abwägen, ob die angewendete Zwangsgewalt noch im Verhältnis steht.

Menschliche Erleichterung über das Stoppen des Attentäters ist verständlich. Aber gerade in Krisenlagen darf die Polizeispitze keinen Millimeter Zweifel lassen: Die Tötung eines Menschen kann niemals per se das Ziel einer polizeilichen Amtshandlung sein. Es ist das letzte Mittel, um Angriffe gegen Leib und Leben zu beenden. Das gilt besonders dann, wenn die Polizeiführung im Namen der Terrorbekämpfung auch gewöhnlichen PolizistInnen ein Maschinengewehr in die Hand drückt.

Rassismus nach dem Terror

Musliminnen und Muslime sind nach dschihadistischen Terroranschlägen oft Opfer von Attacken. Das ist ein erklärtes Ziel der Terroristen.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION.
Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Es geschah nach dem Terror in New York am 11. September 2001, nach den Anschlägen in Paris 2015 und London 2017. Musliminnen und Muslime waren vermehrt verbalen und physischen Attacken ausgesetzt, ihre Einrichtungen wurden Opfer von Vandalismus. Auch nach dem Anschlag in Wien am 2. November berichteten Frauen mit Kopftuch, sie fürchteten ob ihrer Sichtbarkeit um ihre Sicherheit im öffentlichen Raum. Zu dem Schock, der Wut, der Angst und der Trauer über den Terror kam die Furcht hinzu, Opfer von blindem Hass zu werden. Bereits eine Woche nach dem Anschlag gingen bei der Antirassismus-Organisation ZARA mehr als 60 Meldungen von antimuslimischem Rassismus ein. Von Hasspostings auf Facebook und Anfeindungen auf offener Straße bis hin zu Drohungen im Wohnumfeld. Nicht zuletzt deshalb war und ist das Verhalten der PolitikerInnen und JournalistInnen in dieser Zeit der kollektiven Trauer von großer Bedeutung. Wird differenziert, oder werden alle Musliminnen und Muslime unter Generalverdacht gestellt? Antimuslimische Rhetorik gehört mittlerweile leider zur Tagesordnung, kein Wun-

der also, dass viele MuslimInnen nach dem Anschlag die Reaktionen aus der Politik mit Sorge erwarteten. Doch die Botschaft der Regierungspolitiker in den ersten Tagen war differenziert: Terroristen und ihre Helfer müssten mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden. Muslime unter Generalverdacht zu stellen, sei aber fehl am Platz. Viele Musliminnen und Muslime konnten ob der Worte aus der Politik zunächst etwas aufatmen. Doch bald fehlte in der politischen und medial transportierten Debatte wieder das Bemühen um Differenzierungen. Hieß es zu Beginn, die Gesellschaft dürfe sich nicht spalten lassen, der Kampf gegen den Terror sei ein Kampf mit Muslimen, vernahm man schnell wieder Misstrauen gegenüber Imamen, konservativen Muslimen und Flüchtlingen. Ja, der Kampf gegen jegliche faschistische Ideologie muss geführt werden. Fangen wir damit besser heute als morgen an. Mehr denn je braucht unsere Gesellschaft aber auch Zusammenhalt statt Spaltung und differenzierte Ansprachen an die gesamte Bevölkerung statt populistischer Rhetorik für die rechte Reichshälfte – nicht nur nach einem Anschlag.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Generation haram

Wenn man wissen will, was an Österreichs Schulen in Sachen Migration falsch läuft, dann gibt Melisa Erkurts Lektüre viele erhellende Antworten. Die Journalistin hat

ausreichend Kenntnisse über sogenannte „Brennpunktschulen“ – hat sie doch selbst als bosnische Migrantin ihre Schulzeit in Österreich verbracht und später als Lehrerin in einer AHS-Schule mit hohem Anteil nicht-muttersprachlicher Kinder gearbeitet. Erkurt lässt mit großem Respekt tief und berührend in die Lebenswelt vieler SchülerInnen mit Migrationserfahrung blicken, die – obwohl häufig hier geboren – bis zum Schuleintritt nicht ausreichend Gelegenheiten gehabt hatten, Deutsch zu lernen. Mit beeindruckender Offenheit erzählt

sie gleichzeitig über ihr eigenes Leben: Ihre Ankunft 1992 in Österreich, ihre anfängliche Sprachlosigkeit sowie über positive Erfahrungen im Kindergarten und der Volksschule. Die Autorin benennt, was ihr geholfen hat, als Migrantin ohne Deutschkenntnisse einen sozialen Aufstieg mit Matura und positivem Studienabschluss zu schaffen. Und sie weiß, welche Faktoren die Schulsituation vieler Kinder aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten erleichtern und die Integrationschancen von Kindern erhöhen würden: Neben einem

heterogenen Klassenzimmer mit interkulturell geschultem Personal fordert Erkurt, gezielt MigrantInnen als LehrerInnen anzuwerben, KindergartenpädagogInnen und Lehrkräfte verstärkt mit SozialarbeiterInnen und PsychologInnen zu unterstützen, sowie eine verpflichtende, kostenlose Ganztagschule für alle einzuführen. *(Gerlinde Affenzeller)*

Melisa Erkurt

Generation haram. Warum Schule lernen muss, allen eine Stimme zu geben

Zsolnay Verlag, 2020
192 Seiten, 20 Euro

BUCH



Arbeit und Gerechtigkeit

Das Thema Arbeitslosigkeit ist gerade in Zeiten von Corona wieder besonders in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Auch

in dieser Hinsicht lohnt die Lektüre dieses Buches. Allerdings stellen sich die Autoren nicht primär die Frage, wie die Arbeitsmarktpolitik das Problem (ihrer KlientInnen) lösen kann, sondern nähern sich über philosophische und politische Fragestellungen dem Thema an. Das „und“ im Buchtitel muss man sich auf jeden Fall großgeschrieben vorstellen. Im Kapitel „(Un)geschützte Vermögen“ wird die Frage gestellt: Wieweit gehört uns das, was wir uns erarbeitet haben, wenn wir arbeitslos werden? Die Antwort erfolgt mit Aristoteles, dem 2002

verstorbenen Harvard-Professor John Rawls („A Theory of Justice“) und dem israelischen Philosophen und Friedensaktivisten Avishai Margalit. Eine Gesellschaft muss sich überlegen, wie sie mit Arbeitslosigkeit möglichst gerecht umgeht und dabei mehrere Dimensionen verbindet. Die Anforderungen des Marktes und die Würde des Menschen bilden dabei sicher eine der schwierigsten Achsen. Grund-Groiss und Hacker-Walton sprechen aber auch die Diskrepanz zwischen Arbeitslosigkeit in Wien und offenen Stellen in den Bundeslän-

dern an oder die Frage, die Migration in diesem Zusammenhang spielt. Ein inspirierendes Buch. *(red)*

Georg Grund-Groiss,

Philipp Hacker-Walton

Arbeit und Gerechtigkeit. Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Zeitarbeit & Co

Braumüller Verlag, 2019

174 Seiten, 17 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



NS-Vernichtung der Burgenland-Roma

„Wir Überlebende sind nicht zuständig für Verzeihung“, meinte die kürzlich verstorbene Shoa-Überlebende Ruth Klüger einmal und

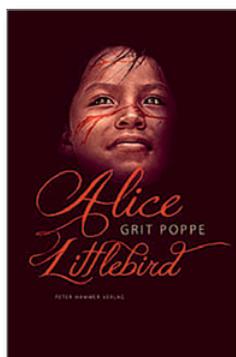
fügte hinzu: „Ich halte Resentiment für ein angebrachtes Gefühl für Unrecht, das nicht wiedergutzumachen ist.“ Klügers Haltung ist verständlich und ließe sich wohl auch auf das unermessliche Leid und Unrecht, das Roma und Sinti durch die Vernichtungspolitik der Nazis erfuhren, umlegen. Zumal die wenigen KZ-Überlebenden nach ihrer Rückkehr vor dem Nichts standen: In vielen Fällen verwehrten Gerichte und Gemeinden jegliche Rückerstattung, denn ihren Besitz hatte man längst aufgeteilt oder die Häuser abgetragen

und verbrannt. Erst 1995 erhielten Roma-Angehörige von einem Fonds der Republik Österreich eine Entschädigung – und selbst das nur teilweise. Vor diesem Hintergrund hat die kürzlich erschienene Publikation „Einfach weg!“ besonderen Wert: 120 Roma-Siedlungen, die es im Burgenland gab, wurden akribisch recherchiert und damit dem Vergessen entrisen. Es sind die Geschichten von oftmals in einfachsten Umständen lebenden Menschen, die sich aus den vielen Fotos ablesen lassen. Zwischen persönlichem Glück und barbarischen Akten,

die schon lange vor dem NS-Terror begannen, wenn man etwa Eltern systematisch die Kinder wegnahm und in anderen Dörfern verteilte. In kurzen Chroniken berichten die Autoren über jede Gemeinde, berichten vom Alltag der dort lebenden Roma-Familien und zitieren aus teils erschütternden Behördenberichten. Absolut empfehlenswert. (gun)

Gerhard Baumgartner, Herbert Brettl
„Einfach weg!“ Verschwundene Roma-Siedlungen im Burgenland
 New Academia Press, 2020
 414 Seiten, 37,90 Euro

BUCH



Alice Littlebird

Nach Jugendbüchern wie „Abgehauen“, „Anderswelt“ oder „Weggesperrt“ hat die deutsche Autorin Grit Poppe ein Geschwisterpaar der Nation der Cree in Nordameri-

ka als Schauplatz gewählt. Alice und Terry sind in einer Umerziehungsschule gelandet, wo es verboten ist, ihre Sprache zu sprechen. Die Erzählungen der Großeltern über Bären und mythische Naturereignisse wurden durch die unbarmherzige Disziplinierung der Nonnen ersetzt. Schon zu Beginn warnt der Pater die SchülerInnen, nicht zu versuchen, über den Black Lake zu entkommen. Da sei bereits einmal ein Mädchen ertrunken. Dass dieses Buch von einem Fluchtversuch handeln wird, darf man also erwarten. Poppe setzt in groben Zügen

die Assimilationspolitik der Behörden Kanadas zwar als Handlungsrahmen, fokussiert dann aber ganz auf die beiden Jugendlichen, deren FreundInnen und Erlebnisse. Lebendig, in ungekünstelter Jugendsprache und in vielen Dialogen verfasst, liest sich das Buch recht kurzweilig, ohne durch seine politische Setzung überfrachtet zu wirken. Zugleich merkt man aber auch am Stil und der inhaltlichen Bearbeitung, dass die Autorin Deutsche ist, die ihr Abenteuer in Nordamerika angesiedelt hat. Thematisch kann man „Alice Littlebird“ in ei-

ner Reihe von Romanen (zuletzt z.B. Colson Whiteheads „The Nickel Boys“) sehen, in denen es um die düstere Vergangenheit von Erziehungseinrichtungen geht, wie sie in den vergangenen Jahren erschienen sind. Mittlerweile hat sich die kanadische Regierung für das Leid, das man Kindern und Eltern angetan hat, offiziell entschuldigt. Im Buch hat sich die Autorin für ein versöhnliches Ende entschieden. (red)

Grit Poppe
Alice Littlebird
 Peter Hammer Verlag, 2020
 238 Seiten, 15 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen?

Schon einmal von der Vanguard Group gehört? Eher nicht, dabei handelt es sich um den (nach BlackRock)

zweitgrößten Finanzanbieter der Welt mit einem Volumen von fast 6 Billionen Dollar. Das Buch stellt die Frage nach der Kontrolle der Macht von Unternehmen, die allein aufgrund ihrer Konzerngröße aber auch ihrer Lobby-Potenziale Einfluss auf die Politik ausüben können. Allein die geplante Deregulierung der privaten Pensionsvorsorge in der EU, aber auch der Gesundheitssektor, der in Zukunft auf Big Data basieren wird, bieten neue Milliardenmärkte für Versicherungen und Dienstleister aller Art. Oft sind die Verbindungen aber

auch ganz banal, so wie im Fall von Friedrich Merz, dem CDU-Politiker, der zu BlackRock ging und nun wieder in die Spitzenpolitik zurückgekehrt ist. Der deutsche Journalist und Blogger Jens Berger skizziert die politischen Entwicklungen rund um die großen Finanzanbieter in den USA und versucht daraus einige der wesentlichsten demokratiepolitischen Konsequenzen abzuleiten. Dazu zählt die Frage der Sicherung der Pensionen, die Frage der Kontrolle dieser Unternehmen, oder auch der Mythos, wie über Aktienfonds das Volksvermögen angeblich

gesteigert wird. Dass diese Unternehmen als neue „Weltmacht“ zu sehen sind, steht für den Autor bereits fest. Wie wir uns vor den Finanzkonzernen schützen, so heißt das letzte Kapitel, scheint allerdings schwerer zu beantworten. Der Hinweis, dass wir uns von „neoliberalen Irrtümern“ verabschieden sollten, müsste nur noch mehrheitsfähig werden. Zumindest in der Politik. (red)

Jens Berger

Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen? Die heimlichen Herrscher und ihre Gehilfen

Westend Verlag, 304 Seiten, 22 Euro

BUCH



Arbeitskämpfe in Chinas Autofabriken

Das Thema klingt etwas speziell, aber just daraus ergibt sich ein unheimlich präziser Blick auf die Situation von ArbeiterInnen in China, das

als verlängerte Werkbank der europäischen Staaten eine Menge an Waren unter sozial und ökologisch katastrophalen Bedingungen produziert. Über mehrere Jahre lang führte die Autorin Gespräche mit Beschäftigten in sieben großen Montagewerken. Sie berichtet von – zum Teil erfolgreichen – Streiks, von einer zunehmenden Anzahl von Leiharbeiterinnen, die jederzeit gekündigt werden können, und vom Dirigismus der chinesischen Industriepolitik. In den Werken haben Manager oft die vollständige Kontrolle über die Löhne der ArbeiterInnen.

Auch bei Konzerngewinnen werden Löhne nicht erhöht, sondern nur Prämien ausbezahlt, um die Vergütung möglichst gering zu halten. Es ergibt sich das Bild einer kruden Mischung aus „kommunistischer“ Rhetorik von egalitären Verhältnissen sowie einer beinhalten marktwirtschaftlichen Unternehmenslogik, die auf Konkurrenz, Leistung und Gewinnmaximierung basiert. Dieses Bild ergänzt etwa auch, wenn die Autorin das Arbeitsvertragsgesetz von 2007 in China mit einem ebensolchen von 1935 in den USA vergleicht. Wäh-

rend die damaligen Arbeitskämpfe in den USA in eine bessere soziale Absicherung mündeten, bleibt in China offen, wohin sich der größte staatsmonopolistische Kapitalismus der Welt bewegt. (red)

Zhang Lu

Arbeitskämpfe in Chinas Autofabriken

Mandelbaum Verlag, 2018
434 Seiten, 20 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Radikalisierungsmaschinen

Der Wahlsieg Trumps 2016 zum US-Präsidenten war von Berichten über rechte Trolle und manipulierte Social-Media-Accounts begleitet,

in denen antidemokratische Kräfte und ausländische Mächte wie Russland potenzielle WählerInnen zu beeinflussen versuchten. Die Wienerin Julia Ebner traf mit Perücke getarnt Vertreter rechtsradikaler Gruppierungen oder schlich sich mit einem Avatar in mehrere Internetforen ein und untersuchte extremistische Plattformen „von innen“ heraus. Ein Sprecher der Identitären erklärt der Autorin bei einem Treffen, sie seien „nicht wie die alten Nazis“, sondern „Ethnopluralisten“. Einwanderung, Abtreibung und Homosexualität sind die altbe-

kannten Themen. Im Kapitel über Trad Wives und Red Pill Women wälzen weibliche Männerrechtsaktivistinnen Fragen wie jene, wie Frauen für Männer attraktiv sein können. Die Antwort liegt irgendwo zwischen Sex, Gott und häuslicher Präsenz. Ebner konstatiert, dass sich in den vergangenen Jahren in großen Teilen der Millennials ein antifeministisches Denken durchgesetzt hätte. Und das nicht nur unter Männern. In einem anderen Kapitel trifft die Autorin einen der zahlreichen anti-muslimischen Aktivisten unserer Zeit, den Gründer der ras-

sistischen English Defence League, Tommy Robinson. Die Begegnung wird zum Anlass, um die irren Dynamiken „alternativer Informationsquellen“ aufzudecken. An den vielen „Fake News“ lässt sich auch ablesen, wie dem Establishment die Macht über politische Narrative entglitten ist. Rechte Populisten wissen die Radikalisierungsmaschinen zu nutzen. (red)

Julia Ebner

Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren

Suhrkamp Verlag, 2019
334 Seiten, 18 Euro

BUCH



Die Machtelite

Auch bei den jüngsten Präsidentschafts- und Kongresswahlen in den USA stellte sich die Frage, warum Millionen Menschen aus ärmeren Schichten sich nicht an

den Wahlen beteiligen. Neben objektiven Gründen (Wahltag ist Arbeitstag; Registrierung kostet Gebühren,...) fehlt offenbar das Zutrauen in das Interesse der beiden großen Parteien, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Die USA haben ein Elitenproblem, wie bereits der US-amerikanische Soziologe C. Wright Mills in seinem Klassiker „Die Machtelite“ („The Power Elite“) 1960 untersucht hat. Mills geht im dritten Buch seiner Trilogie davon aus, dass die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten ei-

nen mächtigen Komplex bilden, der zwar Demokratie signalisiert, tatsächlich aber Klientelpolitik betreibt: für Konzerne, für die Superreichen (man denke an Trumps Steuerreform), für Topmanager und auch für die Militärs. Vom deutschen Soziologen und Nationalökonom Max Weber offenkundig beeinflusst, beschreibt Mills eine Gesellschaft, in der sich im materiellen Wohlstand der Mittelschicht eine geradezu „konservative Geisteshaltung“ herausbildet, die die Machtverhältnisse unkritisch affirmiert. Die Einflüsse des großen deutschen

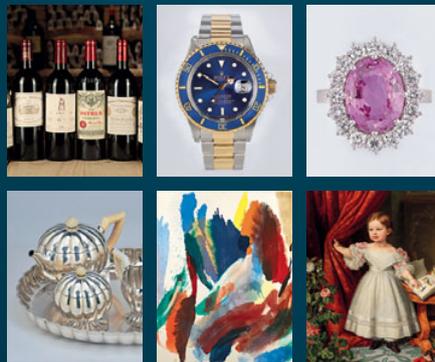
Soziologen Max Weber sind bei Mills unverkennbar, zugleich scheint Mills Befund einer Aushöhlung demokratischer Kultur die Kritik des britischen Politologen Colin Crouch an einer entstandenen „Post-Demokratie“ vorwegzunehmen. Elitenforschung, auch heute noch gültig, narrativ verfasst und klar verständlich, ein Standardwerk. (red)

Charles Wright Mills

Die Machtelite

Hg.: Björn Wendt, Michael Walter, Marcus B. Klöckner
Westend Verlag, 2019
576 Seiten, 30 Euro

BESONDERE GESCHENKE ENTDECKEN



www.dorotheum.com

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

TERROR

Wien-Attentat: Gedenken an Opfer und Kampf gegen Hass

Der abscheuliche islamistisch-fundamentalistische Terroranschlag wirkt noch immer nach. Vier Menschen wurden getötet, mehr als zwanzig verletzt und viele weitere in Schock und Trauer gestürzt. Der Terror will Leben vernichten und unsere Gesellschaft zerstören. Er will kollektiven Hass ausleben, neuen Hass säen und damit Gegenhass provozieren. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, das Gegenteil zu

tun, nämlich der Opfer zu gedenken, den Terror zielgerichtet zu bekämpfen und zugleich Zusammenhalt zu leben. Die Schwester eines der Terroropfer schrieb in ihrem Nachruf: „Wenn ihr meine Schwester und ihr Andenken ehren wollt, dann bitte ich euch alle, nicht mit Hass und Ausgrenzung zu reagieren. Das würde alles, wofür sie gestanden ist, gelebt hat und eingetreten ist, mit Füßen treten.“



Vier Menschen starben durch sinnlose Gewalt.

DEMOKRATIE

Rekordbeteiligung bei Pass Egal Wahl

Die offiziellen Wahlen in Österreich werden immer mehr zu unvollständigen Wahlen. Ein Tiefpunkt war die vergangene Wien-Wahl, an der fast ein Drittel der Bevölkerung im Wahlalter nicht teilnehmen durfte. Ausgeschlossen von der Demokratie sind dabei immer mehr Menschen, die schon lange in Österreich leben oder sogar hier geboren wurden. Die von SOS Mitmensch

gemeinsam mit KooperationspartnernInnen abgehaltene Wiener Pass Egal Wahl 2020 brachte eine neue Rekordbeteiligung. Trotz massiver Einschränkungen durch Corona gaben mehr als 1.500 Wienerinnen und Wiener ohne österreichischen Pass ihre Stimme ab. Hinzu kamen über 1.000 Solidaritätsstimmen von Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Menschen aus 86 Ländern nahmen an der Wahl teil. Am stärksten vertreten waren Wählerinnen und Wähler mit deutschen, afghanischen, türkischen, syrischen und italienischen Pässen. SOS Mitmensch wird den Einsatz für ein Umdenken der Politik weiter verstärken – für eine Demokratie, die gegen Ausgrenzung arbeitet und alle hier lebenden Menschen mit einschließt.

Jetzt die Schlammlager evakuieren

Angesichts der dramatischen Situation in den griechischen Flüchtlingslagern übt SOS Mitmensch scharfe Kritik an der fortgesetzten Solidaritätsverweigerung der österreichischen Bundesregierung. Menschen in Schlamm-Lagern zurückzulassen ist keine saubere Politik. Österreich muss jetzt einen Beitrag zur Evakuierung und Aufnahme leisten.

Pandemie trifft auch Menschenrechtsarbeit

Die Folgen der Corona-Pandemie treffen auch die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen. Auch das Büro von SOS Mitmensch ist betroffen. Dennoch lassen wir den Kampf für Menschenwürde und Menschenrechte und gegen Ausgrenzung und Hass keine Sekunde lang ruhen. Wir danken unseren UnterstützerInnen und SpenderInnen für ihren wichtigen Beitrag!

Isolation am Bürglkopf beenden

SOS Mitmensch hat gemeinsam mit anderen Organisationen im Rahmen der Initiative #fairlassen eine Wanderung zum Asylquartier am Bürglkopf unternommen. Das Berg-Quartier ist von totaler Isolation geprägt. Für die dort untergebrachten Menschen ist diese Isolation eine Qual. Die Schließung von Isolationsquartieren ist ein Gebot der Stunde!



Wir fordern ein Ende der Isolation von Menschen in entlegenen Flüchtlingsquartieren.

ANDERE ÜBER...

Black Voices Volksbegehren jetzt!

Rassismus ist keine Erfindung aus den „fernen“ USA. Wir brauchen Veränderungen in den Bereichen Bildung, Polizei und Migration.

KOMMENTAR: NOOMI ANYANWU



Illustration: Petja Dimitrova

Das Black Voices Volksbegehren ist der Ort für alle Menschen, denen immer gesagt wurde, sie gehören hier nicht her und alle anderen, die gegen diese Ungerechtigkeiten ankämpfen wollen.“ Das sind die Worte, die ich gerne finde, um die anti-rassistische Initiative Black Voices Volksbegehren zu beschreiben.

Seit der Entstehung dieser Idee kurz nach der Demonstration am 4. Juni sind Zeit, viele verschiedene Corona-Maßnahmen und noch mehr prägende gesellschaftliche Vorfälle weltweit vergangen. Das Momentum einzufangen, dass durch die globale #BlackLivesMatter-Bewegung entstand und auch einen kleinen gesellschaftlichen Wandel erzeugte war und ist das Ziel dieser Bewegung; doch auch konkrete politische Maßnahmen zu formulieren und umzusetzen, die eine bundesverfassungsrechtliche Wirksamkeit mit sich bringen, denn das ist schon seit Jahrzehnten notwendig. Rassismus und struktureller Rassismus ist keine Erfindung aus den „fernen“ USA, spätestens mit der

Demo, bei der über 50.000 Menschen auf die Straße gingen, hat das auch Österreich erkannt.

Rassismus betrifft uns alle

Das, sowie ein Team, in dem sich bereits mehr als 100 Menschen engagieren, gibt mir Hoffnung, eine bleibende Veränderung zu bewirken. Wobei ich im anti-rassistischen Aktivismus das Wort Hoffnung eher selten in den Mund nehme.

Rassismus ist unser aller Problem, auch das der weißen Mehrheitsgesellschaft. Nur als Gesellschaft können wir gemeinsam etwas bewirken und verändern. Das ist auch unsere Devise, deshalb sind zur Mitarbeit und im Team alle willkommen. Schwarze Menschen und People of Colour stehen dabei aber klarerweise an der Front.

Nationaler Aktionsplan

Ohne Maximalforderungen und große Visionen kommen wir aber nicht weit. Die große Vision des Volksbegehrens ist ein Nationaler Aktionsplan gegen

Rassismus, ein wichtiger Teil davon ist ein Forderungskatalog, der auf www.blackvoices.at zu finden ist. Von Bildung über Polizei bis Migration und Flucht: Es braucht strukturelle Veränderungen, anti-rassistische Maßnahmen und einen gesellschaftlichen Wandel. Das wollen wir durch das Black Voices Volksbegehren bewirken!

*Das Black Voices Volksbegehren ist in jedem Gemeindeamt in Österreich oder online per Handysignatur zu unterschreiben.
<https://blackvoices.at>*

ZUR PERSON

Noomi Anyanwu

Noomi Anyanwu, 20 Jahre alt, ist Sprecherin des Black Voices Volksbegehren. Sie ist Studentin und Aktivistin.

ICH HAB JA
NIX GEGEN
AUSLÄNDER,
ABER ...

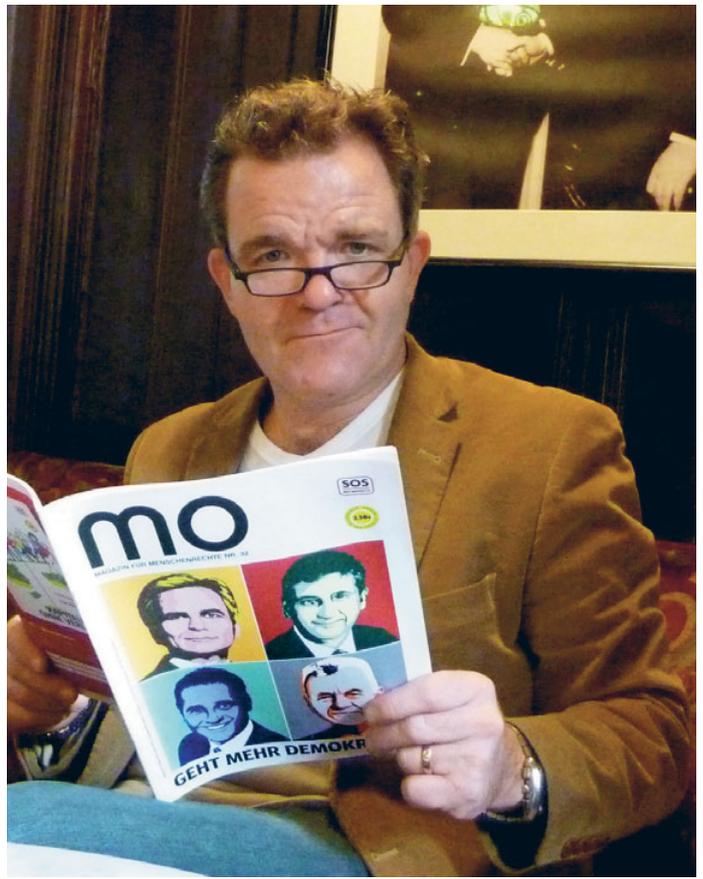
FÜR EINE MENSCHEN-
WÜRDIGE GESELLSCHAFT
OHNE WENN UND ABER.

SOS Mitmensch setzt sich kompromisslos für Menschenwürde ein. Helfen Sie uns dabei – mit Ihrer Spende.
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590, BIC: BAWAATWW. Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at
SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.



**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**